

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1988

Redaktion: Susanne Feske

Heft 36

Hamburg, Februar 1989

IMPRESSUM

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D – 2000 Hamburg 55
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

ISSN 0936 – 0018 ISSN 0936 – 0026

Inhaltsverzeichnis

	Seitenzahlen
1. Vorwort	1 - 2
2. Zur Arbeit des IFSH	3 - 19
2.1 Forschungsschwerpunkt	3 - 5
2.2 Arbeitsschwerpunkte und Kooperationsbeziehungen	6 - 10
2.3 Die Arbeit der Pädagogen	10 - 12
2.4 Öffentlichkeitsarbeit	12 - 13
2.5 Lehrtätigkeit	13 - 14
2.6 Personalia	15 - 17
2.7 Drittmittel und sonstige Finanzierung	17
2.8 Sonstiges	17 - 19
3. Projekte der Mitarbeiter	20 - 70
4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern	71 - 78
5. Anhang	
5.1 Reihenübersicht	
5.2 Kontakte des IFSH - eine Auswahl	
5.3 Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und internationale Sicherheit"	
5.4 East-West Workshop on Common Security	
5.5 Resonanz	

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der letzten Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen und vieles mehr. Seit 1985 arbeitet ein Teil der Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. 1988 gehörten hierzu Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit".

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Das IFSH selbst gibt zwei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen eher für die breite Öffentlichkeit gedacht. Die Veröffentlichungen beider Reihen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Koopera-

tion und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter des Instituts in ständiger Lehrtätigkeit seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg und anderen Hochschulen wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 13.500 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa 50 in- und ausländischen Zeitungen zur Verfügung. Ein Schlagwortkatalog erleichtert nicht nur die wissenschaftliche Arbeit am Institut, sondern dient auch als Hilfe, um die zahlreichen Anfragen an das IFSH aus allen gesellschaftlichen Bereichen sachgerecht beantworten zu können.

Am IFSH sind zur Zeit etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter tätig, darunter auch ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1989

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH 1988

2.1 Forschungsschwerpunkt

Wenn vom Forschungsschwerpunkt des IFSH gesprochen wird, ist weder die thematisch-inhaltliche Ausrichtung der einzelnen Untersuchungsprojekte gemeint noch deren regionaler Erstreckungsbereich. Festlegungen dieser Art trifft vielmehr bereits die Institutssatzung. In ihr ist als sachlicher Gegenstandsbereich die Friedens- und Sicherheitspolitik und als räumlicher Bezugsrahmen die Sicherheitsproblematik Europas vorgegeben. Forschungsschwerpunkt bedeutet am IFSH deshalb die Einordnung einer Reihe von Untersuchungsvorhaben - wenn auch nicht aller - in eine einheitliche, die Einzelthemen übergreifende und zugleich bündelnde Frageperspektive, nämlich die der Gemeinsamen Sicherheit.

Was heißt Gemeinsame Sicherheit? Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß erstens in internationalen Konfliktbeziehungen das Sicherheitsbedürfnis nicht einseitig, sondern gegenseitig besteht, und zweitens der Augenblick des Überschreitens der militärischen Gewaltschwelle für jede der beteiligten Konfliktseiten das Ende aller Sicherheit bedeuten würde. Von einer problemgerechten und leistungsfähigen Sicherheitspolitik fordert dieser Grundsachverhalt eine Strategie- und Mittelwahl, die nicht die Sicherheit der einen Seite gegen die Unsicherheit der anderen Seite einhandelt. Die Zielvorstellung Gemeinsamer Sicherheit richtet sich auf die Überwindung des Zirkelschlusses, durch Perpetuierung von Rüstung und Gegenrüstung sei dauerhafte Sicherheit erreichbar. Gemeinsame Sicherheit versteht sich in diesem Sinne als ein funktionales, nicht als ein moralisches Postulat.

Die dem sogenannten "Palme-Bericht" entstammende Grundidee der "Common Security" hat das IFSH aufgegriffen und systematischer Analyse unterzogen. Aus der theoretischen Klärung erfolgte in einem ersten Schritt die Entwicklung der politischen Konzeption Gemeinsamer Sicherheit. Das Ergebnis dieser Arbeit ist in den er-

sten beiden Sammelbänden zur Gemeinsamen Sicherheit zusammengefaßt, die 1986 und 1987 erschienen sind.

Die Etablierung von Strukturen Gemeinsamer Sicherheit zwischen West und Ost erfordert eine veränderte Verhaltensorientierung auf politischem wie auf ökonomischem, am dringendsten jedoch auf militärischem Gebiet. Das Jahr 1988 sah die Ratifizierung des ersten Abrüstungsabkommens, das ein ganzes Reichweitespektrum nuklearer Waffen in Europa vollständig beseitigt. Es hat die Grundidee Gemeinsamer Sicherheit nachdrücklich bestätigt. Das nächste rüstungskontrollpolitische Vorhaben in Europa wird sich mit den konventionell bewaffneten Streitkräften befassen. Hier stellt die Totalabrüstung einzelner Systeme keine realistische Lösung dar. Um so mehr wird ein methodisches Konzept benötigt, das den Weg weist, wie Rüstungskontrolle zu einem effektiven Zuwachs an Sicherheit führt, zumal die Politiker bereits die anspruchsvolle Zielvorstellung konventioneller Stabilität proklamiert haben.

Wie dieses Ziel mit Gewißheit verfehlt werden wird, illustriert beispielhaft die seit 15 Jahren stagnierenden Mitteleuropaverhandlungen in Wien. Dort vertraten beide Konferenzseiten prinzipielle Problemlösungszugänge, die schon im Ansatz ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Die östliche Forderung nach quantitativ annähernd gleichen Abrüstungsleistungen hätte das bestehende Kräfte-niveau abgesenkt, ohne dadurch ein Plus an militärischer Stabilität zu bewirken. Denselben Mangel teilte die westliche Gegenforderung eines gleichen Kräftestandes nach vollzogener Rüstungsreduzierung. Aus diesem Ansatz wäre zahlenmäßige Parität, aber nicht notwendigerweise auch mehr Stabilität entstanden. Bewaffnete Konflikte, die ein Gleichstarker oder sogar Schwächerer begonnen hat, kennt die Kriegsgeschichte zur Genüge.

Von militärischer Stabilität läßt sich dann sprechen, wenn eine Gesamtsituation aller relevanter Einflußfaktoren existiert, in

der Kriegshandlungen, wer immer sie auch begeht, extrem unwahrscheinlich sind, weil sie chancenlos wären. Wie läßt sich ein solcher Zustand schaffen? Offenbar kommt es darauf an, die Chancenlosigkeit militärischer Gewaltanwendung zu organisieren. Politisch eröffnet sich die Möglichkeit der Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit. Das bescheidenere Instrumentarium der Rüstungskontrolle muß sich mit technischen Vorkehrungen begnügen, die darin bestehen, die Befähigung von Streitkräften zu Angriffshandlungen zu mindern und ihre Eignung für Verteidigungsaufgaben zu stärken. Strukturelle Angriffsunfähigkeit ist das Zielkriterium militärischer Stabilität.

Das militärische Subkonzept der strukturellen Angriffsunfähigkeit folgt aus den theoretischen Grundlagen der politischen Konzeption Gemeinsamer Sicherheit. Dessen Ausarbeitung stand im Mittelpunkt der weiterführenden Studien zum Forschungsschwerpunkt des IFSH im Berichtsjahr 1988. Sie hat sich in mehreren Abhandlungen niedergeschlagen, darunter in dem inzwischen erschienenen dritten und umfänglichsten Band der Publikationsfolge zur Gemeinsamen Sicherheit.

Daneben war ein anderer Teil der wissenschaftlichen Veröffentlichungen des Instituts auf den Fortgang der sicherheitspolitischen Diskussion und der operativen Politik gerichtet. Die in der theoretischen Arbeit am Forschungsschwerpunkt gewonnenen Erkenntnisse konnten ihre Eignung als Leitideen und Urteilsmaßstäbe erweisen. Dafür spricht nicht zuletzt, daß die Begriffe der Gemeinsamen Sicherheit und der Strukturellen Angriffsunfähigkeit zunehmend in die Sprache der Tagespolitik eingehen. Gleichwohl befindet sich die praktische Umsetzung noch in einem allerersten Anfangsstadium. Folglich wird sich auch zukünftig noch ein beträchtlicher Bedarf an Analyse, Kritik und wissenschaftlicher Anregung ergeben, der einen erheblichen Teil der Arbeitskapazität der Mitarbeiter(innen) binden dürfte.

2.2 Arbeitsschwerpunkte und Kooperationsbeziehungen

Der Forschungsschwerpunkt des IFSH, d. h. die Arbeiten zur Gemeinsamen Sicherheit und die damit verbundenen Folgefragen operativer Umsetzung, haben auch auf die übrigen Aktivitäten des IFSH im Berichtsjahr ausgestrahlt. Das gilt für die intensive Kommunikation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen (siehe Anhang 5.1) wie für die zahlreiche und weitgefächerte Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit (siehe Teil 2.4), insbesondere die Tätigkeit der abgeordneten Pädagogen (siehe Teil 2.3), für die akademische Lehre (siehe Teil 2.5.), wie für die umfangreiche Publikationstätigkeit der IFSH-Mitarbeiter (siehe Teil 4) sowie für die Resonanz in den Medien (siehe Anhang 5.2).

Exemplarisch für die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch für die Unterschiedlichkeit der Adressatenkreise und Kooperationsbeziehungen, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, seien einige Beispiele aus dem Jahre 1988 genannt:

- Seit über zehn Jahren pflegt das IFSH mit dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR auf gemeinsamen Tagungen den wissenschaftlichen Meinungsaustausch. In den letzten drei Jahren stand in seinem Mittelpunkt das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit in seinen politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Aspekten. Wenngleich der Dialog zwischen den beiden Instituten vorrangig der wissenschaftlichen Kommunikation dient, so ist er dennoch auch Teil des politischen und wissenschaftlichen Öffnungsprozesses im Verhältnis zwischen Ost und West. 1988 haben erstmalig die beiden Institute einen gemeinsamen Report über ihre wissenschaftlichen Tagungen zur Gemeinsamen Sicherheit verfaßt, dessen (wissenschafts)politische Bedeutung durch die Resonanz in der Presse unterstrichen wurde.
- Zweifelsohne eine hohe Bedeutung kommt auch der Austausch-Ringvorlesung zu, die das IFSH 1988 in Kooperation mit der Hum-

boldt-Universität zu Berlin / DDR veranstaltet hat. Als erste bundesdeutsche Institution hat das IFSH dort Vorlesungen zu sicherheitspolitischen Themen halten können; im Gegenzug haben Wissenschaftler der Humboldt-Universität an der Universität Hamburg zur Thematik "Krieg und Frieden" gelesen. In der diesen Vorlesungszyklus zunächst abschließenden Podiumsdiskussion in Berlin / DDR im Dezember 1988 ist eine erste Bilanz dieser Vorlesungsreihe mit dem programmatischen Titel "Gemeinsame Sicherheit - Universitäten im Friedensdialog" gezogen worden. Die hochrangige Besetzung des Podiums durch die Mitglieder des Leitungsgremiums des "Wissenschaftlichen Rats für Friedensforschung" der DDR sowie der Militärakademie der Nationalen Volksarmee, Dieter Klein und Erich Hocke, den Präsidenten der Universität Hamburg, Peter Fischer-Appelt, und den wissenschaftlichen Direktor des IFSH, Egon Bahr, unterstreicht die wissenschafts- und friedenspolitische Bedeutung einer solchen Kooperation - in dieser institutionalisierten Form ein Novum in den Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik und der DDR. Die Referate der Vorlesungsreihe sollen als Buch veröffentlicht werden.

- Ein wissenschaftlicher Workshop über "Common Security" gab 20 Nachwuchswissenschaftlern aus Ost und West, aus den USA, der UdSSR, aus Ungarn, Polen, Dänemark, Großbritannien, der DDR und der Bundesrepublik eine Plattform für die Untersuchung des Konzeptes der Gemeinsamen Sicherheit, in der auch ökologische Fragen und die Nord-Süd-Dimension zur Sprache kamen. Der Workshop, von dem amerikanischen Institute for Peace and International Security in Cambridge, Massachusetts, der sowjetischen USA - USSR Society in Moskau und dem IFSH gefördert und organisiert - das IFSH hat die Mittel hierfür 1988 bei der Kurt-Körber-Stiftung eingeworben - ist zunächst für drei Jahre geplant. Er fand erstmalig 1988 in der American Academy of Arts and Sciences in Cambridge / USA statt. Der Workshop dient neben der wissenschaftlichen Kooperation auch dem Zweck, das Konzept im außereuropäischen Raum bekannt zu machen. 1989 soll der

Workshop in der Bundesrepublik und der DDR, 1990 in der Sowjetunion stattfinden.

- Ob und inwieweit das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit zur Stabilisierung der Sicherheitsbeziehungen auch in Krisenregionen außerhalb des Ost-West-Konfliktes beitragen kann, ist eine Fragestellung, der sich das IFSH künftig verstärkt annehmen wird. Einen ersten Schritt in diese Richtung stellt die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Institute for Defense Studies and Analysis in Delhi dar, die im Berichtsjahr angebahnt wurde. Der organisatorischen Vorbereitung diente der Aufenthalt eines Mitarbeiters des IFSH in Delhi im Dezember 1988, dem der Gegenbesuch des Leiters des indischen Instituts in Hamburg im Frühjahr 1989 folgen wird. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte das Vorhaben finanziell.

- Die Gefährdung des Friedens und die Gefährdung der Arbeitsplätze sowie der Zusammenhang zwischen diesen beiden bedrohlichen Tendenzen standen im Mittelpunkt einer Konferenz, die das IFSH gemeinsam mit der Hamburger Naturwissenschaftler-Initiative "Verantwortung für den Frieden", dem DGB-Landesbezirk Nordmark und seinen Gewerkschaften sowie der Hans-Böckler-Stiftung und der DGB-Kooperationsstelle Hochschule / Gewerkschaften im April 1988 in Hamburg unter dem Titel "Verantwortung für Frieden und Arbeit" veranstaltete. Die Kooperation zwischen den genannten Institutionen hatte einen Vorlauf: Ende 1986 hatten erstmals bei dem in Hamburg durchgeführten Internationalen Naturwissenschaftler-Friedenskongreß "Wege aus dem Wettrüsten" das IFSH und die Naturwissenschaftler-Friedensinitiative zusammengearbeitet; 1986 und 1987 untersuchte eine Forschungsgruppe am IFSH mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und in Kooperation mit der IG Metall das Problem der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Produktion ziviler Güter. Rund 600 Teilnehmer aus Betrieben, Gewerkschaften und Wissenschaft untersuchten in 17 Arbeitskreisen verschiedene Aspekte der

zentralen Frage der Konferenz: Wie können die Ziele der Friedenssicherung und Abrüstung, also der Erhalt des äußeren Friedens, erreicht werden, ohne daß die Kosten dieses Prozesses vor allem den Beschäftigten in der Rüstungsindustrie aufgebürdet werden und der soziale Frieden gefährdet wird? Die Antworten, welche die Arbeitskreise und das Plenum erarbeiteten, aber auch die offengebliebenen und weiterführenden Fragen sind in einer Dokumentation festgehalten (Hamburger Beiträge, Heft 33, Oktober 1988).

- Seit einiger Zeit besteht eine "Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" in der Universität Hamburg. Sie setzt sich u. a. aus Wissenschaftlern der Fächer Physik, Mathematik und Informatik zusammen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es - in nachdrücklicher Kooperation mit dem IFSH - Forschung, Lehre, internationale Kontakte, Öffentlichkeitsberatung und Informationen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und internationaler Sicherheit zu koordinieren bzw. selbst Forschungsprojekte durchzuführen (siehe Anhang 5.2). Am IFSH selbst arbeiten mittlerweile einige Stipendiaten zu entsprechenden Themen (siehe auch Teil 3). Weitere Drittmittelvorhaben sind in Vorbereitung.

Die Arbeitsergebnisse dieser und weiterer Aktivitäten und Kooperationen fanden auch im Berichtsjahr Eingang in eine Vielzahl von Veröffentlichungen (siehe dazu Teil 4). Neben den bereits angeführten seien einige weitere Beispiele genannt, welche die Unterschiedlichkeit und Breite der Adressatenkreise der Arbeit des IFSH dokumentieren:

- Der Sammelband "Konventionelle Stabilität", herausgegeben vom Direktor des IFSH und seinem Stellvertreter, gibt die Stellungnahmen zweier vom IFSH durchgeführten Anhörungen hochrangiger Militärs (sowie anderer Experten) wieder. Naturgemäß wendet er sich an die militärisch und militärpolitisch interessierte bzw. aktive Fachwelt im engeren Sinne.

- Das "Friedensgutachten 1988" ist dagegen eine wissenschaftliche Expertise für die sicherheitspolitische Fachöffentlichkeit im breiteren Sinne. Es wurde in Zusammenarbeit mit zwei verwandten Instituten in Frankfurt und Heidelberg erstellt und bildet nunmehr den zweiten Versuch einer periodisch fortzusetzenden Kooperation auf diesem Gebiet.
- Die vom Institut herausgegebenen Hefte der "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" wenden sich schließlich an den friedenspolitisch interessierten, aber nicht vorgebildeten Laien. Die "Pädagogischen Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" versuchen darüber hinaus, Hilfe für die schulische und außerschulische Friedenserziehung zu geben.

2.3 Die Arbeit der Pädagogen am IFSH 1988

Zu den ausdrücklichen Satzungsaufgaben des IFSH gehört die Vermittlung von Arbeitsergebnissen an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1988 arbeiteten drei (seit August 1988 zwei) Lehrer, vom Amt für Schule an das IFSH "abgeordnet", am Institut; derart personell verstärkt konnte das Institut den Wunsch der Schulen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik verstärkt nachkommen.

Die pädagogische Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrer wies 1988 vier Schwerpunkte auf:

1. Lehrerbildung / Lehrerfortbildung

Die Pädagogen am IFSH wirkten in den sogenannten "Jahresseminaren", einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung (IfL) für Lehrer der Fächer Politik, Ethik, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde und Zeitgeschichte, mit. Sie zogen wissenschaftliche Referenten und Mitarbeiter des IFSH hinzu und trugen selber zu Sachgebieten vor, in die sie sich im Laufe ihrer Tätigkeit am IFSH eingearbeitet hatten. Schwerpunktthemen bei

diesen Veranstaltungen waren aktuelle sicherheitspolitische Fragen sowie Geschichte und Bedeutung der Friedensforschung in der Bundesrepublik.

2. Beratung von Lehrern und Pädagogen in der außerschulischen Bildungsarbeit

Die Information über das "Service-Angebot" des IFSH im Bereich der Friedenserziehung führte 1988 zu einer verstärkten Nachfrage nach individueller Beratung durch die Abgeordneten Pädagogen. Die Anfragen umfaßten die Bitte um Materialien, die im Institut erstellt worden waren, um Beratung bei der Konzipierung von Unterrichtseinheiten und die Nachfrage nach Mitwirkung der Abgeordneten Pädagogen bei schulischen Veranstaltungen.

3. Veranstaltungen

Als dritter Schwerpunkt ist die Teilnahme von Pädagogen an schulischen Veranstaltungen zu nennen: Sie beteiligten sich an Podiumsdiskussionen, häufig zusammen mit Jugendoffizieren der Bundeswehr, und Veranstaltungen im Rahmen von Projektwochen. Sie informierten darüber hinaus Schülergruppen (Kurse der gymnasialen Oberstufe) aus Hamburger Schulen und dem Hamburger Umland über Fragen der aktuellen Sicherheitspolitik und Probleme aus der Friedensforschung.

4. Erstellung schriftlicher Materialien

Schließlich ist die Erstellung schriftlicher Materialien für Lehrer und Schüler und die Mitwirkung an der Herstellung von audiovisuellen Medien für den Unterricht zu nennen:

- Ein Unterrichtsmodell über "Gemeinsame Sicherheit" wurde fertiggestellt;
- für das "Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht" (FWU) wurde ein Exposé für einen 25minütigen Unterrichtsfilm über das Thema "Frieden durch Abrüstung?" erstellt;
- für das FWU wurden Exposés für zwei mehr-teilige Folienreihen über "Abrüstung und Entspannung" und "Rüstung in der Welt" verfaßt;

- im Projekt "Lehrerbildung - Friedenserziehung" des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung in Soest (Nordrhein-Westfalen) erfolgte die Beratung für die Erstellung eines "Bausteins" über "Alternative sicherheitspolitische Konzeptionen";
- im Rahmen der Reihe "Hamburger Beiträge" erschien eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung über "Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung", die über das Institut für Lehrerfortbildung an Hamburger Schulen weitergeleitet wurde;
- mit der ersten Ausgabe der "Pädagogischen Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" zum Thema "Rüstungskonversion" liegt Material vor, das Lehrern Anregungen für die Behandlung dieses Themas im Politik- und Wirtschaftsunterricht geben soll. Die "Pädagogischen Informationen" geben ferner einen Überblick über Veranstaltungen, Institutionen und Bücher zum Themenschwerpunkt, die von Relevanz für den friedenspädagogischen Unterricht sind.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH

Die Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeitern des IFSH besteht neben Veröffentlichungen im wesentlichen aus mündlichen Aktivitäten, wie Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Interviews. Nach groben Schwerpunkten aufgelistet, gibt die folgende Tabelle diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder:

Themenschwerpunkte	Vorträge	Podiums- diskussion	Tagungen	Interviews
Aktuelle sicherheits- politische Fragen	50	5	9	20
Friedenserziehung	3	1	-	-
Friedensforschung/IFSH	5	1	1	4
Feindbildproblematik	5	1	1	1
Sicherheitspolitische Alternativen zur Abschreckung	33	2	3	1
Rüstung, Rüstungsexport/ Rüstungsindustrie/ Konversion	15	1	5	14
Sicherheitspolitik im Ost-West-Konflikt	37	4	14	4
Sonstiges	8	3	-	2
Gesamt	156	18	33	45

Summe: 253

Besucher am IFSH: Aus der Bundesrepublik: 162

Aus dem Ausland: 60

Gruppen: 8

2.5. Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1987/88:

Allgemeines Vorlesungswesen der Universität Hamburg, "Abrüstung und Europäische Sicherheit"

07.01.1988 Die Überwindung von Feindschaft - Sozialpsychologische Aspekte europäischer Sicherheit (Hanne-Margret Birckenbach)

21.01.1988 Grundprobleme der Abrüstung (Erwin Müller)

28.01.1988 Abrüstung durch Umrüstung? (Dieter S. Lutz)

04.02.1988 Aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik (Egon Bahr)

Sommersemester 1988:

Veranstaltungen des Instituts in der Humboldt-Universität zu Berlin, DDR:

17.03.88 Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit (Dieter S. Lutz)

31.03.88 Bedrohungsanalysen und vertrauensbildende Maßnahmen (Erwin Müller)

14.04.88 Europäische Sicherheit jenseits der Abschreckung (Reinhard Mütz)

Wintersemester 1988/89:

1. Freie Universität Berlin, Fachbereich Politikwissenschaft:
Übung "Determinanten der Innen- und Außenpolitik der südostasiatischen Staaten" (Susanne Feske).

2. Universität Hamburg, Fachbereich Physik: Seminar "Physik und Rüstung" (Götz Neuneck); **Fachbereich Mathematik:** Seminar "Physik und Mathematik: Computersimulation" (Götz Neuneck); **Fachbereich Mathematik:** Seminar "Mathematik und Rüstung" (Roland Reimers).

3. Veranstaltungen des Instituts im Wintersemester 1988 in der Humboldt-Universität zu Berlin, DDR:

- 02.11. Abrüstung und Entwicklung: Konkrete Utopie oder utopische Erwartung (Herbert Wulf)
- 23.11. Völkerrechtliche Implikationen des Konzeptes Gemeinsamer Sicherheit (Horst Fischer)
- 07.12. Aktuelle Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik (Egon Bahr)

2.6. Personalia

Im Jahr 1988 wurden drei wissenschaftliche Angestellte eingestellt. Drei wissenschaftliche Angestellte, zwei ausländische Fellows, ein abgeordneter Lehrer und zwei von der Bundeswehr abgeordnete Soldaten verließen das Institut. Im Dezember 1988 arbeiteten am IFSH der Direktor, der stellvertretende Direktor, zehn wissenschaftliche Referenten bzw. Mitarbeiter, drei abgeordnete Beamte, zwei Stipendiaten, eine wissenschaftliche Hilfskraft sowie neun nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

Institutsangehörige (Stand Dezember 1988)

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Egon Bahr
 Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dieter S. Lutz

Wissenschaftliche Referenten/Referentinnen

Dr. Hanne Birckenbach
 Dipl. Pol. Susanne Feske
 Dr. Erwin Müller
 Dr. Reinhard Mutz
 Andreas Pott, M.A.
 Dr. Christiane Rix
 Dr. Herbert Wulf

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Matthias Bartke
Dipl. Pol. Martina Fischer

Wissenschaftliche Hilfskräfte

Laurie Chronley

Studentische Hilfskräfte

Bettina Rürup
Thomas Schultz

Sekretärinnen

Helga Bormann
Silvia Flahive
Marlene Hövermann
Heike Maurer

Bibliothek

Susanne Bund

Dokumentation

Helga Anders

Verwaltung

Heidemarie Bruns

Ageordnete Lehrer/Lehrerinnen

Margret Johannsen
Jens Müller-Kent

Abgeordneter der Streitkräfte

Arnold P. Teicht

Stipendiaten

Götz Neuneck
Roland Reimers

ABM-Mitarbeiterin

Dagmar Otto

Darüber hinaus hat das Institut auch mehrfach die Praktikumsbetreuung für Interessierte aus unterschiedlichen Bereichen (z. B. Schulen und Universitäten) übernommen.

2.7. Einwerbung von Drittmitteln

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg beständig - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben acht Mitarbeiter ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können: VW-Stiftung (2), ABM-Mittel (1), Verteidigungsministerium (2) und Schulbehörde (3). Ferner wurde der Internationale Workshop "Common Security" in Cambridge von Seiten der Körber-Stiftung und die Tagungen mit dem IPW/DDR bzw. die Austauschringvorlesung mit der Humboldtuniversität zu Berlin/DDR über das Kulturabkommen mitfinanziert (siehe auch Teil 2.2).

Mitte 1988 hat das IFSH bei der McArthur-Foundation (Chicago) einen Forschungsförderungsantrag zum Thema "Assessment of and Criteria for the Modelling of Conventional Stability in Europe" - Computer Databank on the NATO-Warsaw Pact. Conventional Balance - gestellt. Das Projekt soll eine Laufzeit von zwei Jahren haben.

Weitere Drittmittelvorbaben sind zur Antragstellung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie bei der Stiftung Volkswagenwerk in Vorbereitung.

2.8. Sonstiges

Der Buchbestand der Bibliothek wurde 1988 um 974 Bände auf insgesamt 13.514 Bücher erhöht. Zur Zeit werden 149 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt, darüber hinaus erstellte die Bibliothekarin Auswahlbibliographien zu aktuellen Themenbereichen des IFSH.

In der Dokumentation, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 150 Untergliederungen geführt wird, werden zehn Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem umfangreichen 'Article Alert Service', der vom Amerika-Haus herausgegeben wird und Kurzfassungen von Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften umfaßt, wird eine Auswahl getroffen. Alle Artikel und Aufsätze sowie das regelmäßig eingehende Material aus ca. 40 in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften der Dokumentensammlung des World Press Archives des Swedish Institute of International Affairs werden in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Ferner werden zehn in- und ausländische Presse- und Informationsdienste komplett archiviert.

Das Kuratorium des IFSH setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrat
Hinrich Budelmann
Behörde für Wissenschaft
und Forschung
- Hochschulamt -

Präsident
Dr. Peter Fischer-Appelt
Universität Hamburg

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel
Institut für Politische Wissenschaft

Prof. Dr. Heinz Renn
Institut für Soziologie

Staatsrat a.D.
Helmut Bilstein
SPD-Fraktion

Anja Kuhr
GAL-Fraktion

Dr. Hartmut Delmas
Dozentenvertreter

Prof. Dr. Gunnar
Andersson-Lindström
Professorenvertreter

Dr. Johann Bastian
Assistentenvertreter

Thomas Wehner
Studentenvertreter

Der Wissenschaftliche Beirat trat im Berichtszeitraum nicht zusammen. Der Beirat setzt sich zusammen aus:

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad
YU-11000 Beograd

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
CH-9000 St. Gallen

Prof. Dr. Egbert Boeker
Free University
Naturkundig Laboratorium de boelelaan
NL 1081 hv Amsterdam

Prof. phil Marian Dobrosielski
Polnisches Institut für Internationale
Angelegenheiten
PL Warschau

Prof. Dr. Max Schmidt
Institut für Internationale Politik
und Wirtschaft
1020 Berlin/DDR

Prof. Dr. H.P. Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik
8000 München 40

Der Institutsrat trat zu acht Sitzungen zusammen.

3. Projekte der Mitarbeiter des IFSH

Günther Bächler

- Demokratisierung der Sicherheitspolitik

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Matthias Bartke

- Grenzen des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik stationierten Truppen

Hanne-Margret Birckenbach

- Psychologische Aspekte sicherheitspolitischer Alternativen

Uwe Danker

- Prozesse der Entschärfung von antagonistischen Konflikten an historischen Beispielen

Christian Drewniok

- Methoden der automatischen Auswertung von Luft- und Satellitenbildern als Hilfsmittel zur Verifikation von Abrüstungsvereinbarungen

Ludger Dünne

- Konventionelle Defensivorientierung von Landstreitkräften

Susanne Feske

- Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit in Südostasien: Probleme und Perspektiven der Übertragbarkeit

Nick Fiorenza / Andreas Pott

- Computergestützte Datenbank zur konventionellen Rüstung in Europa

Martina Fischer

- Westeuropäische Einbindung und Nordafrika-Orientierung in der spanischen Sicherheitspolitik

Margret Johannsen

- Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit"

Axel Krohn

- Nuklearwaffenfreie Zone Skandinavien

Dieter S. Lutz/Egon Bahr

- Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Erwin Müller

- Bedrohungsanalyse

Jens Müller-Kent

- Militärseelsorge zwischen Kirche und Bundeswehr

Reinhard Mutz

- Das Friedenspotential konfrontativer und kooperativer Konfliktstrategien am Beispiel des Berlin-Problems
- Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente Gemeinsamer Sicherheit

Götz Neuneck

- Mathematische Modellierung in der Sicherheitspolitik

Dagmar Otto

- Technologiefolgen und Friedensverträglichkeit

Andreas Pott

- Europäische Sicherheit - Perspektive einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Roland Reimers

- Verifikation mit Fernsensoren und Rüstungsmodernisierung im konventionellen Bereich

Christiane Rix

- Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit

Arnold Peter Teicht

- Die Rolle Frankreichs in einem künftigen Sicherheitssystem für Europa

Wang Jinbiao

- Gemeinsame Sicherheit aus chinesischer Sicht

Herbert Wulf

- Ost-West-Handel und Sicherheitspolitik

Bearbeiter: Günther Bächler

Projekt: Demokratisierung von Sicherheitspolitik und sicherheitspolitische Alternativen: Zur gesellschaftlichen Bedeutung von "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit"

Kurzbeschreibung:

Ziel der Arbeit ist es, den Zusammenhang von demokratischer Herrschaftsform und äußerem Verhalten von demokratisch verfaßten Staaten zu beleuchten, wobei insbesondere eine sicherheitspolitische Alternative im Lichte demokratischer Normen beurteilt werden soll.

Es scheint, daß vor dem Hintergrund der Legitimitätskrise der nuklearen Abschreckungspolitik die Chancen für eine nichtbedrohliche Sicherheitspolitik günstig sind. Trotzdem sind noch eine Reihe von Fragen zu beantworten:

- 1) Muß nicht eine auf strikt defensive Strukturen umgestellte Bundeswehr (bzw. ein Milizsystem zusammen mit zivilem Widerstand) in der Bundesrepublik zwangsläufig den Charakter eines "Fremdkörpers" in der bestehenden Gesellschaft annehmen?
- 2) Gibt es in der Bundesrepublik Tendenzen, die darauf hindeuten, daß die Bereitschaft der Bevölkerung vorhanden ist oder wächst, auf die nukleare Abschreckung zugunsten einer grundlegend neuen Verteidigungsstruktur, die sogar unilateral eingeführt werden soll, zu verzichten?
- 3) Welche gewaltärmere Organisation komplexer Gesellschaften ließe sich denken, bzw. was müßte sich ändern, daß die Bedrohlichkeit für andere Gesellschaften abnimmt? Anders formuliert: Wie müßte sich die Gesellschaft wandeln, um in der Wahrnehmung der gegnerischen Seite (im Rahmen des Ost-West-Konflikts also die UdSSR und die anderen osteuropäischen Länder) in keiner Weise weder offensivfähig noch offensivwillig zu wirken?
- 4) Wie könnten sich Veränderungen im politischen System niederschlagen, wenn davon auszugehen ist, daß eine Alternative um so

durchsetzbarer ist, je weniger politische und / oder gesellschaftliche Veränderungen als Voraussetzung zu deren Durchsetzung notwendig sind (d. h. den Rahmen der gültigen Verfassung nicht sprengen)?

Wissenschaftliche Kooperation:

Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft;
Universität Tübingen; Österreichisches Institut für Friedensforschung und Friedenserziehung, Burg Schlaining.

Veröffentlichungen zum Thema:

Frieden, Die heutige Lage: kontrollierte Hochrüstung, in:
Frieden, Gerd Michelsen (Hrsg.), Die Zukunft der Bundesrepublik.
Prognosen und Szenarien des Öko-Instituts, Hamburg 1988, S. 188-
219 (mit Christiane Rix / Herbert Wulf).

Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit. Ein Beitrag zur Demokratieproblematik in der Sicherheitspolitik, Hamburg, Juli 1988 (Hamburger Beiträge Heft 29).

Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit und Strukturelle Angriffsunfähigkeit

Kurzbeschreibung:

Spätestens Tschernobyl hat bewiesen, daß in einer Zeit, in der nicht nur die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten ständig zunehmen, sondern auch Gefahren und Krisen - gewollt oder ungewollt - grenzüberschreitend wirken (Wirtschaftskrise, Umweltverschmutzung, radioaktive Folgen eines Atomkrieges etc.), Sicherheit nicht länger nur militärisch und vor allen Dingen nicht länger einseitig erlangt werden kann. Eigene Sicherheit muß vielmehr stets auch die Sicherheitsinteressen des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr gegen-, sondern nur noch miteinander zu haben. Die Alternativen sind das gemeinsame Überleben oder der gemeinsame Untergang.

Was bedeutet Gemeinsame Sicherheit im einzelnen? Was sind ihre Ziele, Definitionsmerkmale und Strukturelemente? Was sind ihre außermilitärischen, z.B. rechtlichen, ökonomischen oder psychologischen Bezüge? Und vor allen Dingen: Gemeinsame Sicherheit ist ein Kriegsverhütungskonzept auf der Basis militärischer Mittel. Was also sind ihre strategischen und militärischen Grundüberlegungen? Wie können sie in die Praxis umgesetzt werden?

Im Berichtszeitraum haben uns insbesondere die beiden letzten Fragen unter dem Aspekt der Strukturellen Angriffsunfähigkeit beschäftigt. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen insbesondere die Auswertung der vom IFSH durchgeführten Anhörungen mit Fachexperten einerseits und die Analyse des aktuellen Rüstungskontrollgeschehens auf politischer Ebene andererseits.

Entstehungsgeschichtlich betrachtet will Strukturelle Angriffsunfähigkeit die Bedrohungsvermeidung bei Aufrechterhaltung oder sogar Verbesserung der Abwehrfähigkeit im Sinne der Kriegs-

verhütung. Sie ist gegeben, wenn die Verteidigungsfähigkeit eines Kontrahenten größer ist als die Angriffsfähigkeit des Gegenübers. Sie ist im Sinne der "Stabilitätsorientierung" Struktureller Angriffsunfähigkeit maximiert, wenn die wechselseitige Verteidigungsfähigkeit beider Kontrahenten größer ist als ihre jeweiligen Angriffsfähigkeiten. Sie ist im Sinne Defensiver Abhaltung optimiert, wenn die Defensivoption gegenüber der Offensivoption die Oberhand gewinnt - nicht weil die defensive Abwehrstärke des Verteidigers "gewinnt", sondern weil die beidseitige Offensivschwäche beidseitige (Strukturelle) Angriffsunfähigkeit signalisiert, d.h. einen Krieg faktisch unmöglich macht. Diese und ähnliche Überlegungen lassen sich in einem Modell "Defensiver Zonen" zusammenführen.

Veröffentlichung zum Thema:

Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit. Konventionelle Stabilität. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988

Bearbeiter: Matthias Bartke

Projekt: Grenzen des Verteidigungsauftrags der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik stationierten Truppen

Kurzbeschreibung:

Untersuchungsgegenstand sind die verfassungs- und völkerrechtlichen Voraussetzungen für Verteidigungseinsätze der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik stationierten Bündnistruppen.

Im ersten Teil werden die Einsatzrechte der Bundeswehr analysiert. Vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte der wehrrechtlichen Normen des Grundgesetzes wird zunächst der verfassungsrechtlich umstrittene Begriff der 'Verteidigung' (Art. 87 a I, II GG) einer systematischen Klärung unterzogen. Hieran anknüpfend werden sowohl die Präventivverteidigung als auch eine militärische Nothilfe im Rahmen von Bündniseinsätzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin untersucht. Letzteres beinhaltet die Auseinandersetzung mit der Frage, ob es sich bei den Bündnissen NATO und/oder WEU um Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Grundgesetzes handelt.

Unter Nutzung der gewonnenen Erkenntnisse werden dann folgende Problemkreise unter verschiedenen rechtlichen Gesichtspunkten durchleuchtet:

- Möglichkeiten militärischer Einsätze der Bundesmarine im Golf
- Möglichkeiten einer Bundeswehrebeteiligung an militärischen Maßnahmen der UN
- Vereinbarkeit von Verfassung und militärischer Integration der NATO.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Einsatzrechte der verbündeten Truppen auf bundesdeutschem Boden analysiert. Zunächst werden hier die 'deutschlandrechtlichen' und die 'NATO-rechtlichen' Grundlagen ihrer Stationierung erläutert. Die verschiedenen völkerrechtlichen Verträge werden dann auf eigenständige Einsatz

rechte für die Bündnistruppen hin untersucht. Hierbei wird auch das umstrittene 'Wartime-Host-Nation-Support'-Abkommen vom April 1982 erörtert.

Nach der Analyse der Einsatzmöglichkeiten aus Vertrag werden die Einsatzmöglichkeiten aus allgemeinem Völkerrecht untersucht. Dies beinhaltet vornehmlich eine Auseinandersetzung mit dem Recht auf Selbstverteidigung (Art. 51 UN-Charta). Konkret ist die Frage zu beantworten, ob ein bewaffneter Angriff auf die Bundesrepublik separate Selbstverteidigungsrechte der hier stationierten Bündnistruppen auslöst - ob also die Bundesrepublik durch ihre Bündnispartner ggf. gegen ihren Willen in einen Krieg hineingezogen werden kann.

Wissenschaftliche Kooperation:

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II.

Studiengruppe "Europäische Sicherheit" der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)

Veröffentlichung zum Thema:

Bundeswehrtruppen für die UNO?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 4/1988, S. 259-265.

Bearbeiterin: Hanne-Margret Birckenbach

Projekt: Sozialpsychologische Aspekte sicherheits- und friedenspolitischer Alternativen / Gemeinsame Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Gegenstand des Projektes sind die im Diskurs über sicherheitspolitische Alternativen wirksamen sozialpsychologischen Mechanismen unter spezieller Berücksichtigung der Problematik von Angstverarbeitung und Feindbildern in den Ost-West-Beziehungen. Der methodische Ansatz des Projektes bewegt sich im Rahmen der politischen Psychologie internationaler Beziehungen.

Die Arbeitshypothese lautet: Die Diskussion um Alternativen ist geprägt von Angstabwehr gegenüber dem Problem, das es zu lösen gilt und gegenüber den Alternativen, die eine Lösung versprechen könnten. Die Angstabwehr basiert auf einer Unsicherheit, die daraus entsteht, daß einerseits das Wissen um die Gefahr der Selbstdestruktion vorhanden ist, andererseits das Gefühl besteht, daß man auf eben diese Mittel der Selbstdestruktion zur Selbsterhaltung angewiesen ist, um Konflikte zu verarbeiten, über die nur ein diffuses Bewußtsein vorhanden ist. Die Angstabwehr mündet in Zwänge zur Einengung von Denk- und Handlungsspielräumen und zur "Erfindung" immer weiterer Argumente für die Kontinuität des Alten - selbst wenn es obsolet geworden ist.

Abgesehen von der Überprüfung wissenschaftlicher Thesen über Angst / Angstmobilisierung / Feindbilder / Wahrnehmung in den Ost-West-Beziehungen, richtet sich das Projektziel auf die Kritik unfruchtbarer Diskursstrategien, die Erarbeitung konstruktiver Alternativen dazu und auf die Freilegung von Anknüpfungspunkten für eine inner- und zwischengesellschaftliche Kultur der Verständigung über sicherheitspolitische Alternativen - Friedenspolitik.

Erste Teilergebnisse beziehen sich auf:

- Forschungsdesiderate im Bereich der politischen Psychologie internationaler Beziehungen, speziell im Interesse einer Kultur des politischen Streits zwischen Ost und West;
- die Einschätzung von Angst als Antriebskraft friedenspolitischer Veränderungen.
- Die Bedeutung der Asymmetrien zwischen Ost und West für die Veränderung des Diskurses.
- Erfahrungen mit Ost-West-Dialogen und sozialpsychologische Schwierigkeiten der Überwindung von Feindschaft und Feindbildern bzw. der Realisierung einer Streitkultur.

Veröffentlichungen zum Thema:

Die Mauer im Kopf, Sozialpsychologische Friedensforschung und die Kultur des politischen Streits, in: Christiane Rix (Hrsg.), Der Ost-West-Konflikt - Wissen wir wovon wir sprechen?, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK), Band XIV, hrsg. im Auftrag des Vorstandes der AFK, Baden-Baden 1987, S. 109-149.

Erfahrungen im Ost-West-Dialog - Schwierigkeiten und Möglichkeiten, einander nicht feindschaftlich zu begegnen, in: Frieden in der Stadt, hrsg. vom der Kulturstadt der Stadt Schwerte, 1988, S. 119-135.

Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt. Zur politischen Psychologie einer Streitkultur, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 28, Hamburg 1988.

Bearbeiter: Uwe Danker

Projekt: Prozesse der Entschärfung und Regulation nicht lösbarer, weitgehend wertbestimmter Konflikte im historischen Vergleich: europäische Glaubenskämpfe im 16. und 17. Jahrhundert - Ost-West-Gegensatz im 20. Jahrhundert.

Kurzbeschreibung:

Die europäischen Glaubenskämpfe im 16. und 17. Jahrhundert und der heutige Ost-West-Gegensatz besitzen - bei vielen Unterschieden - eine wesentliche Gemeinsamkeit: Sie beinhalten im Kern wertbestimmte Konflikte, die - ohne das Obsiegen des Einen - keine Lösung kennen. Die Konkurrenz einander sich gegenseitig die dauerhafte Existenzberechtigung abstreitender Religionen / Sozialphilosophien führte in dem einen Fall zu erbitterten Kriegen, in dem anderen Fall zum Kalten Krieg, Rüstungswettlauf und 'Stellvertreterkriegen'. Block- und Bündnisbildungen, mehr oder weniger erfolgreiche Kommunikationsversuche fanden in beiden Beispielen statt. Durch Analogiebildung soll den Ähnlichkeiten und Unterschieden der beiden Verläufe nachgespürt werden. Neben direkt vergleichbaren Phänomenen wie "Teilung versus Einheit" oder "cuius regio eius religio" werden zunächst fernliegende Vergleiche unternommen, wie z. B. unter dem Aspekt "unkontrollierbarer Instrumentarien" die Betrachtung ausländischer Bündnispartner damals und moderner Waffentechnologien heute. Am Ende wird der Versuch einer Prognose stehen, nach welchem Muster der Ost-West-Konflikt sich weiterentwickeln könnte, verbunden mit einer Bewertung und Übertragung von Mechanismen und Strategien, die im historischen Beispiel zur nichtkriegerischen Regulation führten. Der gewählte Arbeitsansatz sprengt bewußt den Rahmen üblichen historischen Arbeitens und hat wissenschaftliche Grenzen, aber auch Chancen zur Folge.

Wissenschaftliche Kooperation:

Deutsches Historisches Institut, Washington D. C.

Bearbeiter: Christian Drewniok

Projekt: Methoden der automatischen Auswertung von Luft- und Satellitenbildern als Hilfsmittel zur Verifikation von Abrüstungsvereinbarungen

Kurzbeschreibung:

Die gegenwärtige Situation in Europa ist geprägt von einer hohen Konzentration von Streitkräften und Waffen. Diese Massierung von militärischem Potential auf engem Raum belastet die Stabilität in Europa und entzieht den Volkswirtschaften in Ost und West enorme finanzielle Mittel.

Eine Entspannung dieser Situation ist nur durch umfangreiche Abrüstungsmaßnahmen und durch den Abbau von militärischen Ungleichgewichten zu erreichen. Im Bereich der Nuklearwaffen sind in jüngster Zeit Fortschritte im Hinblick auf dieses Ziel erkennbar. Drastische Verringerungen in diesem Bereich werden jedoch nur durch gleichzeitige Reduzierungen bei der konventionellen Rüstung möglich sein. Den Rahmen für derartige Verhandlungen bildet die bevorstehende Konferenz über konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) in Wien.

Das Vertrauen der Verhandlungspartner in den Wert von Abrüstungsvereinbarungen wird direkt abhängen von der Wirksamkeit und Zuverlässigkeit der für die Verifikation zur Verfügung stehenden Methoden und Technologien. Neben Vor-Ort-Inspektionen wird hierbei auch die Überwachung durch sogenannte "nationale technische Mittel" - insbesondere die Fernerkundung mit Hilfe von Luft- und Satellitenbildern - eine wichtige Rolle spielen.

Das vor diesem Hintergrund zu sehende Projekt dient der Vorbereitung eines für das Jahr 1989 geplanten Forschungsprojektes zum selben Thema, das am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg in Kooperation mit dem IFSH durchgeführt werden soll. Dabei soll ein Überblick erarbeitet werden über die gegenwärtigen Ein-

satzmöglichkeiten von Fernerkundungsverfahren zum Zwecke der Verifikation, wobei die Frage der Automatisierbarkeit der Bildauswertung im Vordergrund steht. Im Rahmen von Vereinbarungen über die Verminderung konventioneller Waffen in Mitteleuropa wird eine großflächige, detaillierte Überwachung aus der Luft erforderlich werden. Die dabei anfallenden sehr großen Datenmengen werden nur durch die automatische Auswertung bzw. die automatische Selektion und Aufbereitung der Daten für einen menschlichen Betrachter zu bewältigen sein. Ziel des Projektes ist es, durch einen klärenden Beitrag zur Frage der technischen Realisierbarkeit von Verifikationsmaßnahmen die laufenden Abrüstungsbestrebungen zu unterstützen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Fachbereich Informatik, Universität Hamburg; Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und internationale Sicherheit in der Universität Hamburg, Fachgruppe "Bildverarbeitung und Bildverstehen" der Gesellschaft für Informatik e. V., Bonn.

Bearbeiter: Ludger Dünne

Projekt: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit / Strukturelle Defensiv-Optimierung

Kurzbeschreibung:

Die Untersuchung befaßt sich mit der konkreten militärisch-technischen Umsetzung bzw. den Umsetzungsmöglichkeiten der theoretischen Überlegungen von "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit".

Vor dem Hintergrund der politischen Aussage, daß Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich zur Verteidigung eingesetzt werden, stellt sich die Frage, ob die Struktur der Bundeswehr, insbesondere die des Heeres, diesen Anspruch widerspiegelt. Kritiker verweisen darauf, daß die Streitkräfte der Bundeswehr ähnlich strukturiert, organisiert und ausgerüstet seien, wie die des Warschauer Paktes. Der aber verfolgt mit seinem militärischen Potential durchaus offensive Ziele, insofern als daß ein möglicher, aufgezwungener Krieg sofort auf das Territorium des Aggressors verlagert werden soll.

Die Frage stellt sich zwangsläufig: Kann, im Sinne einer Bedrohungsminderung für die andere Seite, eine Armee geschaffen werden, die zu erfolgreich geführter Verteidigung in der Lage ist, andererseits aber unfähig zu großangelegten militärischen Offensiven auf gegnerischem Territorium? Theoretische Forderungen, wie "Schadensminimierung" oder "Abhaltefähigkeit" der Streitkräfte werden im Rahmen der Untersuchung praxisorientiert diskutiert, wobei die Umsetzung in militärische "hardware" im Vordergrund steht. Die Forderung der Protagonisten "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" nach einer anderen, mehr defensiven Struktur der Streitkräfte, erhält durch aktuelle Probleme, die derzeit bestehende Struktur aufrechtzuerhalten, besondere Brisanz. Mit dem Personalaufkommen an Wehrpflichtigen, das extrem rückläufig ist, kann der momentane Bestand augenscheinlich nicht

aufrechterhalten werden. Finanzielle Ressourcen zur Modernisierung von Waffenpotentialen stehen nur in äußerst beschränktem Maße zur Verfügung. Das führt zu der Überlegung, ob nicht eine grundsätzliche Umstrukturierung des Verteidigungsdispositivs zur Lösung der ohnehin drängenden materiellen und personellen Probleme beitragen kann. Die Ergebnisse des Projekts sind in der unten angeführten Publikation zusammengefaßt.

Veröffentlichung zum Thema:

Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 34, Hamburg 1988.

Bearbeiterin: Susanne Feske

Projekt: Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit in Südostasien: Probleme und Perspektiven der Übertragbarkeit

Das Konzept Gemeinsamer Sicherheit beruht auf der Annahme eines Systemantagonismus zwischen dem westlichen und dem östlichen Block sowie der destabilisierenden Wirkung der nuklearen Abschreckung für das internationale System.

Diese Annahmen können für die südostasiatische Region nicht unmodifiziert übernommen werden. Es ist zu klären, welche Art von Antagonismen in dem Beziehungsgeflecht südostasiatischer Staaten wirksam sind und welche konkreten Ausformungen sie bilden. Zwar weist die Spaltung der Region in ein kommunistisch regiertes Indochina und eine kapitalistisch orientierte ASEAN-Gemeinschaft durchaus Parallelen mit der europäischen Situation auf, jedoch würde die Etikettierung dieser Situation als Systemantagonismus der historisch und politisch bedingten Komplexität des Konfliktes nicht gerecht werden. Darüber hinaus bildet die Konfrontation zwischen den ASEAN-Staaten und Indochina, deren gegenwärtiger Brennpunkt der Kambodscha-Konflikt darstellt, nur eine Ebene - die interregionale - der Konfliktkonstellation in dieser Region. Auch auf der internen (innerstaatlichen), der intraregionalen sowie der internationalen Ebene sind antagonistische Beziehungsmuster vorfindbar.

Das im Westen primär auf militärischen Kategorien beruhende Verständnis von Sicherheit basiert auf den historischen Entwicklungen in den westlichen Industriestaaten, deren Staatenbildungsprozeß seit langem abgeschlossen ist, und deren Bedrohungsperspektion auf einen externen Aggressor gerichtet ist.

Im Gegensatz dazu ist für die südostasiatischen Staaten die Bedrohung von innen mindestens ebenso relevant wie die externe Bedrohung. Nach dem Verständnis der politischen Eliten dieser

Staaten ist eine Mischform von interner und externer Bedrohung (ausländische Unterstützung für Guerilla- und Sezessionsbewegungen) mittelfristig das wahrscheinlichste Konfliktszenarium. Ein militärisch gefaßter Sicherheitsbegriff, in dem Sicherheitspolitik ein Synonym für Verteidigungspolitik ist, wäre für diesen Sachverhalt folglich nicht adäquat. Der politische, wirtschaftliche und soziale Aspekt von Sicherheit ist im südostasiatischen Kontext zumindest ebenso wichtig wie der militärische Gesichtspunkt. Dieses Verständnis, das von den politischen Führungen auf der deklatorischen Ebene vertreten wird, entspricht in seinem Kern einem Grundgedanken des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit: der Annahme des ursächlich politischen Charakters von Sicherheitsproblemen. Diesem Verständnis folgt die Umsetzung in konkrete Politik allerdings nur bedingt.

Die Prüfung der Anwendbarkeit des Konzeptes Gemeinsamer Sicherheit auf andere Regionen - hier Südostasien - erfordert zunächst die folgenden Arbeitsschritte:

- Die Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Prämissen des Konzepts im Ost-West- und südostasiatischen Zusammenhang sowie die Frage nach der Notwendigkeit einer alternativen Strategie zur Bewältigung der regionalen Sicherheitsprobleme;
- die Analyse des Sicherheitsbegriffs in seiner regionalspezifischen Ausprägung;
- die Prüfung der verschiedenen Konfliktebenen oder -dimensionen, auf die das Konzept angewandt werden könnte.

Erforderlich ist ferner eine Ergänzung des Konzeptes hinsichtlich seiner Prämissen sowie die Formulierung eines Kriterienbündels, um es für den südostasiatischen Kontext operationalisierbar zu machen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Australian National University, Canberra; Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Arbeitsstelle China; Institute of Security and International Studies, Bangkok, Thailand; Stanford University, USA.

Veröffentlichung zum Thema:

Konflikt und Kooperation in Südostasien, in: Wilfried Wagner (Hrsg.), Strukturwandel im Pazifischen Raum, Bremen 1988, S. 107-122.

Bearbeiter: Nick Fiorenza / Andreas Pott

**Projekt: Computergestützte Datenbank zur konventionellen Rüstung
in Europa**

Kurzbeschreibung:

Die Datenbank soll einen eigenständigen Beitrag zur öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über das Kräftegleichgewicht in Europa zwischen NATO und WVO ermöglichen. Weder die Datenbank der SWP noch die von SIPRI oder dem IISS geben erschöpfliche Antworten auf spezifische Fragen konventioneller Kräfteverhältnisse oder sind überhaupt zugänglich. 1987/88 wurde zunächst daran gearbeitet, für alle relevanten Rüstungskategorien und Streitkräfteeinheiten ein Programm zu erstellen, das sowohl numerische Größen als auch Zugehörigkeiten zu Einheiten, Dislozierungen und Klassifikationen enthält. Dabei sollte es ermöglicht werden, herauszufinden, wieviele Waffen jedes Bündnis innerhalb einer bestimmten Entfernung von der innerdeutschen Grenze disloziert hat. Das Projekt dient als Grundlage für spätere Programme zur Modellentwicklung konventioneller Stabilität in Europa - sowohl in Bezug auf mögliche Eingriffe in den Streitkräfteumfang, als auch durch Veränderungen der Dislokationen im Sinn von Zonenmodellen.

Das einjährige Pilotprojekt wurde im August 1988 mit dem Projektbericht von Nick Fiorenza abgeschlossen. Beide Projektmitarbeiter haben aufgrund dieses Pilotprojekts einen weitergehenden Förderungsantrag an die McArthur-Stiftung gerichtet.

Veröffentlichung zum Thema:

Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 30, Hamburg 1988.

Bearbeiterin: Martina Fischer

Projekt: Westeuropäische Einbindung und Nordafrika-Orientierung in der spanischen Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung:

Die spanische Sicherheitspolitik seit dem NATO-Beitritt bewegt sich zwischen der Anbindung an Westeuropa und der Ausrichtung auf die nordafrikanischen Maghreb-Staaten. Das Projekt will herausfinden, ob und (wenn ja) an welchen Stellen sich diese Tendenzen widersprechen, wie sich die spanische Sicherheitsperzeption und -politik mit derjenigen der anderen westeuropäischen NATO-Staaten vereinbaren läßt, und wo sie Chancen und Hindernisse für Abrüstungsinteressen und die Durchsetzung alternativer Sicherheitsstrategien birgt.

Eine Ankopplung an Westeuropa wird von der Regierung Gonzalez vor allem auf rüstungspolitischer Ebene über die Beteiligung an der Entwicklung neuer konventioneller Waffen gesucht. Mit der Entscheidung zur NATO-Integration verband sich außerdem die Hoffnung auf eine unterstützende Wirkung für die Reform und Veränderung der Rolle der Streitkräfte in der spanischen Gesellschaft, so daß man das militärische Modernisierungsprojekt fest in die Bündnismitgliedschaft einbettete.

Von Teilen der politischen und militärischen Eliten wird allerdings bezweifelt, daß eine Einbeziehung des NATO-Südens in eine "Westeuropäisierung" der NATO es erlauben würde, spezifisch mediterrane Interessen einzubringen. Die Regierung Gonzalez hat die Stabilität im Maghreb zum vorrangigen Ziel spanischer Sicherheitspolitik erklärt, und man kann davon ausgehen, daß Spanien bereit ist, Funktionen als Regionalakteur in Nordafrika zu übernehmen. Diese Überlegungen sind nicht mehr auf den Ost-West-Konflikt bezogen. Sie enthalten Vorstellungen von einer Zusammenarbeit der zur schnellen Eingreiftruppe umgewandelten ehemaligen spanischen Legion mit den Eingreifverbänden Italiens und Frankreichs und Erwägungen zum Aufbau einer regionalen militärischen Infra-

struktur, die die Ablösung der Funktionen der 6. US-amerikanischen Flotte im Mittelmeer ermöglichen und ein regionales Sicherheitssystem für zukünftige Konflikte auf der Nord-Süd-Ebene schaffen soll.

Leitfrage des Projekts ist die Frage nach der Vereinbarkeit der spanischen Sicherheitsperzeption (vor allem der Nordafrika-Orientierung) mit der der zentraleuropäischen NATO-Länder. Wenn es von der NATO-Perzeption losgelöste Motive in der Nordafrika-Orientierung der spanischen Militärpolitik gibt, so entfällt die daraus resultierende Rüstung auch nicht automatisch mit dem Ost-West-Konflikt. Die Möglichkeit einer Transformation des Ost-West-Konfliktes zu friedlichem Wettbewerb und eine Entmilitarisierung Westeuropas wird verhindert oder zumindest erheblich erschwert, wenn ein einziger NATO-Staat - aus welchen Gründen auch immer - weiterhin rüstet und somit Prozesse der politischen Vertrauensbildung gefährdet.

Für eine gesamteuropäische Abrüstungspolitik bedarf es der Analyse gerade solcher spezifischer Elemente in der Sicherheitspolitik jedes einzelnen NATO-Landes.

Wissenschaftliche Kooperation:

"Centro de Investigación para la Paz" (CIP), Institut für lateinamerikanische Beziehungen, IRELA, Madrid, "Centro Ortega y Gasset", Madrid.

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Unterrichtsmodell "Gemeinsame Sicherheit"

Kurzbeschreibung:

Das Projekt aus schulpolitischer Sicht:

Die Diskussion von Alternativen zur Politik der atomaren Abschreckung wird den meisten Lehrern nur fragmentarisch bekannt sein. Wenn das Universitätsstudium Qualifikationen für den Unterricht friedens- und sicherheitspolitischer Themen vermittelt hat, dann liegt dies in der Regel lange zurück. Lehrer benötigen in besonderem Maße persönliche Weiterbildung und pädagogisch aufbereitetes Material zu sicherheitspolitischen Themen, die erst seit ungefähr zehn Jahren auch außerhalb von Fachkreisen diskutiert werden, wo jedoch das Interesse und der Einblick interessierter Laien - auch Schüler - deutlich angewachsen ist. Das Projekt "Unterrichtsmodell: Gemeinsame Sicherheit" dient diesem Zweck.

Das Projekt aus pädagogischer Sicht:

Solange die Erstarrung in Systemgegensätzen und der nahezu ungehemmte Aufbau militärischer Vernichtungspotentiale in Ost und West fast unvermeidlich zu Resignation, Ohnmachtsgefühlen und Aggressionen gerade bei den Heranwachsenden führten, schienen alternative Konzepte für eine neue Politik der Kriegsverhütung bar jeglicher Realisierungschancen und daher nicht geeignet, den genannten Einstellungen entgegenzuwirken. Aufgrund der jüngsten Veränderungen im Ost-West-Verhältnis scheint es jedoch möglich, diesen pessimistischen Gefühlen glaubwürdig das "Prinzip Hoffnung" entgegenzusetzen. In dem neuen internationalen Klima erhält die Diskussion um die Überwindung der Abschreckung durch sicherheitspolitische Alternativen eine reale Perspektive. Für die Friedenserziehung ergibt sich daraus die Chance, der jungen Generation "konkrete Utopien" anzubieten.

Das Projekt aus didaktischer Sicht:

"Gemeinsame Sicherheit" - der Titel, den die Palme-Kommission für ihren 1982 veröffentlichten Bericht über Abrüstung und Sicherheit gewählt hat, ist eine solche "konkrete Utopie". Aus der Grundannahme, daß im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Vernichtung die eigene Sicherheit stets die Berücksichtigung der Sicherheitsbelange der "anderen Seite" erfordere, wird die Konsequenz gezogen, daß Sicherheit nur noch gemeinsam mit dem potentiellen Gegner erlangt werden könne.

In den Jahren, die der Publikation des Palme-Berichtes folgten, ist aus der "Idee" Gemeinsamer Sicherheit ein "Konzept" geworden. Seine Konturen bekam dieses Konzept auch dadurch, daß es im wissenschaftlichen und politischen Diskurs seine Schlüssigkeit in Konkurrenz zu anderen sicherheitspolitischen Modellen und Konzepten nachzuweisen hatte. Dieser Diskurs und damit der Prozeß, in dem "Gemeinsame Sicherheit" zur sicherheitspolitischen Alternative wurde, läßt sich - idealtypisch - im Unterricht nachbilden. Dem Prinzip des "entdeckenden Lernens" folgend, bietet das Unterrichtsmodell Materialien und Fragestellungen an, die durch den Vergleich der Prämissen und Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit mit denen anderer sicherheitspolitischer Strategien aus der "Idee" Gemeinsamer Sicherheit ein "Konzept" entstehen lassen, das Ziele, Definitionsmerkmale und Strukturelemente enthält.

Das Projekt aus methodischer Sicht:

Das Unterrichtsmodell besteht aus drei Teilen, aus einem

- Materialteil, in der Mehrzahl Texte jüngeren und jüngsten Erscheinungsdatums, aber auch Tabellen und Schaubilder und Karten; aus
- Arbeitsaufgaben zu den Materialien; und aus einem
- Lehrerband, der Sachanalysen, didaktische Hinweise und Lernziele enthält.

Jeder dieser drei Teile ist in neun Kapitel unterteilt, in denen sicherheitspolitische Modelle und Instrumente wie Militärpakte, Abschreckung, Rüstungskontrolle, Unilateralismus, Neutralität,

Soziale Verteidigung, Friedliche Koexistenz und Kollektive Sicherheit auf ihre Vereinbarkeit mit der Idee Gemeinsamer Sicherheit geprüft werden. Durch das gewählte komparative Verfahren wird "Gemeinsame Sicherheit" für die Schüler zunehmend konturenreich und komplex, und es entsteht, wie oben angedeutet, aus der "Idee" das "Konzept" Gemeinsamer Sicherheit. Ein analytisches Verfahren, mit dessen Hilfe Gemeinsame Sicherheit auf seine definitorischen Merkmale hin untersucht wird, dient am Ende eines jeden Kapitels der Festigung der erworbenen Kenntnisse und Einsichten sowie der Kontrolle des Lernerfolgs.

Wissenschaftliche Kooperation:

Landesinstitut für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen (Soest).

Veröffentlichung zum Thema:

Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 31, Hamburg 1988 (mit Dieter S. Lutz).

Bearbeiter: Axel Krohn

Projekt: Nuklearwaffenfreie Zone (NWFZ) Skandinavien

Kurzbeschreibung:

In dem Projekt wird das Modell einer NWFZ in Nordeuropa als Disengagementkonzept unter der Rahmenbedingung globaler Großmachtinteressen der USA und UdSSR untersucht. Es wird analysiert, inwieweit das Modell NWFZ unter den sich verändernden militärstrategischen und militärtechnischen Bedingungen ein friedenspolitisch relevantes Konzept für Nordeuropa sein kann. Dazu wird die NWFZ in den Rahmen anderer Disengagementmaßnahmen eingeordnet. Für die Implementierung dieser Maßnahmen bietet sich eine Strategie gradualistischer Schritte an. Daher werden Gehalt und Bedeutung des Gradualismus untersucht und bewertet. Die Analyse der militärstrategischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen in Nordeuropa verdeutlicht, daß diese Region eng mit dem übrigen Europa und den globalen Interessen der USA und UdSSR verbunden ist. Entstehungsgeschichte, Inhalt und Zielrichtung unterschiedlicher Disengagementvorschläge für Mittel- und Nordeuropa werden daher unter der Rahmenbedingung der militärstrategischen Interessen der beiden Nuklearmächte analysiert. Zusätzlich werden am Beispiel des Tlatelolco-Vertrages konzeptionelle Problemfelder einer NWFZ aufgezeigt und diese auf Nordeuropa angewandt. Sie zeigen dabei eine Gültigkeit, die über den Rahmen des lateinamerikanischen Kontinents hinausgeht. Sie treten immer dann auf, wenn eine NWFZ in bewohnten Gebieten errichtet werden soll, die Territorien verschiedener Staaten umfaßt und die aufgrund ihrer geostrategischen Lage zugleich für die globalstrategischen Interessen der Großmächte von Bedeutung ist. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß eine NWFZ aufgrund der Rahmenbedingungen sowie der konzeptionellen Probleme in Nordeuropa nicht zu realisieren und nicht das geeignete friedenspolitische Instrument ist. Abschließend werden daher Vorschläge für andere Formen des Disengagement unterbreitet.

Wissenschaftliche Kooperation:

Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen; Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm, Schweden; Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland; Swedish Institute of International Affairs, Stockholm; Schwedisches Verteidigungsinstitut, Stockholm; Helsinki Institute of International Affairs, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald.

Veröffentlichungen zum Thema:

Between Zero Option and Deterrence: Regional Disengagement in Europe. PRIO-Working Paper, Oslo 1987.

Die militärstrategische Bedeutung der nordeuropäischen Region, in: Die Grünen (Hrsg.), Kriegsschauplatz Schleswig-Holstein. Einseitig abrüsten, Kiel 1987.

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: Bedrohungsanalyse

Kurzbeschreibung:

Das Projekt befaßt sich mit einer Frage von fundamentaler sicherheitspolitischer Bedeutung, die dennoch wissenschaftlich ungeklärt ist und von politischer Seite vornehmlich mit (teils interessenbedingten) Vor- und Fehltrteilen beantwortet wird: Stellt die Sowjetunion bedingt oder unbedingt eine Bedrohung für Westeuropa dar?

In Ausweitung dieser engeren Fragestellung wird untersucht, unter welchen Umständen und Bedingungen und aus welchen Gründen Staaten (insbesondere Großmächte) im internationalen Verkehr zum Mittel der Gewalt greifen. Damit soll nicht nur ein Beitrag zum Feld der Kriegsursachenforschung im allgemeinen geleistet werden; vielmehr soll die Analyse von Strukturen großmachttypischer Gewaltpolitik zu Aussagen führen, die primär die Großmacht Sowjetunion betreffen.

Da das Unternehmen, zwischenstaatliche Macht- und Gewaltpolitik im historischen Längsschnitt wie im zeitgenössischen Querschnitt strukturell zu analysieren, als ambitiöses Maximalziel einzustufen ist, gilt als Minimalziel des Forschungsvorhabens die begründete Zurückweisung gängiger Bedrohungsanalysen aufgrund des Nachweises der Fehlinterpretation von Fakten und der Mißachtung allgemeinverbindlicher Gesetze der Beweisführungslogik.

Darüber hinaus soll aber - soweit nach wissenschaftlichen Maßstäben statthaft - der Versuch unternommen werden, zu eigenständigen Aussagen über eine eventuelle Bedrohung durch die Sowjetunion zu gelangen.

Hierfür ist einerseits eine historisch-empirische Analyse der politikleitenden Faktoren (insbesondere machtpolitischer und

ideologischer Natur) des sowjetischen Außenverhaltens vonnöten, andererseits die Herausarbeitung der Strukturen der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit der politischen Instrumentierung militärischer Gewalt.

Das forschungsleitende Erkenntnisinteresse ist pragmatischer Natur und begründet den politischen Stellenwert des Vorhabens: Die Bedrohungsanalyse bestimmt ganz entscheidend die sicherheitspolitischen Anstrengungen des Westens, einerseits deren Art und Dimension, andererseits die möglichen oder für möglich erachteten sicherheitspolitischen Handlungsspielräume unter Einschluß von politischen und strategischen Alternativoptionen.

Veröffentlichung zum Thema:

Zur Logik politischer Bedrohungsanalysen, in: Wolfgang Heisenberg / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Sicherheitspolitik kontrovers, Bonn 1987, S. 79-97.

Bearbeiter: Jens Müller-Kent

Projekt: Militärseelsorge zwischen Kirche und Bundeswehr.

Eine Analyse von Struktur und Praxis der Militärseelsorge unter besonderer Berücksichtigung ihrer Stellung in der evangelischen Kirche und der Erwartung der Bundeswehr

Kurzbeschreibung:

Über das Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft ist am IFSH gelegentlich, aber nicht systematisch gearbeitet worden; über die Rolle der evangelischen Kirche im Kontext der innenpolitischen Auseinandersetzungen um Militärfragen bisher noch gar nicht.

Die Untersuchung beider Bereiche gehört jedoch zu den genuinen Aufgaben der Friedensforschung: Zum einen, weil das komplexe Verhältnis von gesellschaftlicher Integration und Absonderung gerade in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft ein sensibler Bereich ist und damit einer ständigen kritischen Reflexion bedarf; zum anderen, weil sich in der Bundeswehr - wie sonst in keiner anderen Institution - die verschiedenen Strömungen von Friedensaktivitäten mit den Verteidigern und Repräsentanten der Sicherheitspolitik seit den 50er Jahren auseinandersetzen.

In der Militärseelsorge traten Ende der 50er Jahre Kirche und Bundeswehr in ein institutionelles Kooperationsverhältnis. Damit war nicht nur der Anlaß für lebhaftere Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) gegeben, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, die unterschiedlichen Interessen und Konfliktlinien in den Bereichen Kirche, Politik und Militär an dem Beispiel der Militärseelsorge zu untersuchen und ihren Standort in diesem Interessengeflecht zu bestimmen. Diesen Überlegungen folgt der Aufbau der Studie.

Der erste Teil der Studie gibt einen Überblick über die historische Entwicklung der Militärseelsorge in Deutschland bis zum Ende

des Zweiten Weltkrieges. Im Anschluß daran wurden die relevanten rechtlichen Grundlagen und Vereinbarungen sowie die damit verbundenen Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb der EKD erarbeitet. Daran schließt sich die Darstellung der strukturellen Merkmale von Militärseelsorge in der Bundeswehr an (u. a. Verschränkung staatlicher und kirchlicher Kompetenzen; Stellung des Evangelischen Kirchenamtes der Bundeswehr als dem Verteidigungsministerium und dem Militärbischof untergeordnete Behörde; staatlicher Beamtenstatus der Militärpfarrer). Die Interessen der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der evangelischen Kirche gegenüber dieser Struktur wurden anhand einer Analyse der periodisch wiederkehrenden Konflikte innerhalb der EKD um die Militärseelsorge zwischen 1951 und 1986 untersucht. In einem weiteren Arbeitsschritt wurden die Motive der politischen und militärischen Verantwortungsträger an einer in den Militärbereich integrierten Militärseelsorge analysiert. Im dritten Teil soll ermittelt und bewertet werden, inwieweit die Militärseelsorge auf ihren verschiedenen Handlungsebenen den unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen der beiden Bezugsgrößen Kirche und Bundeswehr gerecht wird.

Die Ergebnisse werden durch Befragungen von ehemaligen und heutigen Verantwortlichen und Kritikern der Militärseelsorge vertieft und ergänzt. Die Untersuchung der verteidigungs- und kirchenpolitischen Zusammenhänge der Militärseelsorge wird hauptsächlich auf der Basis von offiziellen Publikationen, internen Texten und Archivmaterial aus Kirche, Militärseelsorge und Bundeswehr durchgeführt.

Wissenschaftliche Kooperation:

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, München; Institut für Theologie und Frieden, Barsbüttel.

Bearbeiter: Reinhard Mutz

**Projekt: Das Friedenspotential konfrontativer und kooperativer
Konfliktstrategien am Beispiel des Berlin-Problems**

Kurzbeschreibung:

Untersuchungsgegenstand ist das Berlin-Problem als das bislang einzige Fallbeispiel einer gelungenen Konflikttransformation seit dem Zweiten Weltkrieg. Es bündelt mikrokosmisch die prägenden Merkmale des Ost-West-Konflikts, dessen Teil es ist: den zugrundeliegenden Systemantagonismus, entgegengesetzte politische Ziele von unmittelbarer Sicherheitsrelevanz und eine wiederholt krisenhafte Zuspitzung des Streitfalls bis dicht an die Schwelle militärischen Gewaltgebrauchs. Angenommen wird, daß die Qualität der jeweils erreichten "Befriedigung" von den Formen und Mitteln der Konfliktaustragung abhing, und diesen Zusammenhang gilt es aufzuklären.

Die Untersuchung wird genaueren Aufschluß erbringen über die Wirkungsweise unterschiedlicher Konfliktstrategien im Hinblick auf das prioritäre Ziel der Friedenssicherung. Da das Berlin-Problem über einen langen Zeitraum hinweg aktuell war, die maßgeblichen Akteure des Ost-West-Konflikts zu den direkt beteiligten Kontrahenten gehörten, ein breites Spektrum an Handlungs- und Verhaltensformen erprobt wurde und das zeitgeschichtliche Resultat bewertbar ist, verspricht die Analyse einen exemplarischen Erkenntnisertrag zum Problem der Krisenkontrolle und Gewaltvermeidung im Ost-West-Verhältnis über den Untersuchungsgegenstand hinaus.

Einzelne Veröffentlichungen erläutern die beiden zentralen Arbeitshypothesen über die Funktionalität konfrontativer (abschreckungspolitischer) und kooperativer (entspannungspolitischer) Konfliktstrategien und umreißen das vorläufige Forschungsergebnis.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien der FU Berlin.

Veröffentlichungen zum Thema:

Die zerbrochene Hauptstadt - Berlin als politisches Symbol des Ost-West-Konflikts, in: Hannelore Horn (Hrsg.), Berlin als Faktor nationaler und internationaler Politik, Berlin 1988, S. 45-65.

Berlin in der Konfrontationsphase des Ost-West-Konflikts - Ein sicherheitspolitisches Lehrstück, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 4/1988, S. 220-227.

Bearbeiter: Reinhard Mutz

**Projekt: Rüstungsbegrenzung und Rüstungsminderung als Instrumente
Gemeinsamer Sicherheit**

Kurzbeschreibung:

Gemeinsame Sicherheit ist eine politische, keine militärische Sicherheitskonzeption. Gleichwohl werden Streitkräfte und Rüstungen sowohl im Zielzustand Gemeinsamer Sicherheit als auch während der Übergangsphase eine Funktion behalten. Die generelle politische Aufgabe besteht jedoch darin, alle militärischen Vorkehrungen im nationalen Rahmen, auf Bündnisebene und in Verhandlungen zwischen den Konfliktseiten am Kriterium erhöhter Friedensstabilität und verminderter wechselseitiger Unsicherheit auszurichten. Bemühungen um die Begrenzung und Herabsetzung der derzeitigen Rüstungsstände werden dabei eine herausgehobene Rolle spielen.

Geklärt werden soll, welches rüstungskontrollpolitische Instrumentarium das Konzept Gemeinsamer Sicherheit erfordert. Untersuchungsfragen sind: Wo liegen die Defizite des Rüstungskontrollansatzes? Wurden die leitenden Prinzipien und Kriterien bisheriger Verhandlungen ihrem Zweck gerecht? Gibt es spezifische Vor- und Nachteile quantitativer bzw. qualitativer Rüstungsbeschränkung? Wie müssen sie kombiniert werden, um die Sicherheitsstabilität zu erhöhen? Welche zusätzlichen Eingriffe in die Gliederung, Dislokierung und den Bereitschaftsgrad von Streitkräften sind nötig? Auf welche Weise kann verhindert werden, daß Waffenmodernisierung und rüstungstechnische Innovation Rüstungskontrollerfolge unterlaufen?

Das Projekt ist eingefaßt in den übergreifenden Arbeitsschwerpunkt des Instituts über Gemeinsame Sicherheit / Strukturelle Angriffsunfähigkeit / Konventionelle Stabilität und richtet sich nach dessen Anlage und Fortgang. Verschiedene Teilstudien zu vorwiegend anwendungs- und umsetzungsbezogenen Themen liegen vor.

Sie sind zumeist im Zusammenhang mit Veranstaltungs- und Publikationsvorhaben des IFSH entstanden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Arbeitskreis Naturwissenschaftler an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen zum Thema:

Konventionelle Stabilität - Eine Einführung, in: Egon Bahr und Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit / Konventionelle Stabilität - Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988, S. 36-43.

Die Kontrolle konventioneller Rüstung in Europa, in: Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 121-130.

Konventionelle Stabilität auf niedrigerem Kräfteniveau - Von MBFR zu KRK, in: Hanns-Dieter Jacobsen, Heinrich Machowski, Dirk Sager (Hrsg.), Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bonn 1988, S. 290-305.

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: "Mathematische Modellierung in der Sicherheitspolitik"

Kurzbeschreibung:

Mathematische Modelle spielen in der Sicherheitspolitik und Verteidigungsplanung eine erhebliche Rolle. Sie finden heute u. a. Anwendung beim Beschaffungsprozeß, der Simulation militärischer Vorgänge, dem Verhalten militärischer Systeme in der Krise, der Beschreibung von Konflikten und Rüstungskonkurrenzen und der Abschätzung militärischer Stärke. Neuerdings werden in Ost und West wieder Modelle zur Abrüstung strategischer und konventioneller Potentiale verwendet.

In den USA hat diese Art der Analyse Tradition. Auch in der Sowjetunion sind neuerdings Wissenschaftler mit Simulationsfragen zu Abrüstungsproblemen beschäftigt. Während bei den strategischen Modellen die Logik der Abschreckung im Vordergrund steht, konzentriert sich die Betrachtung bei den konventionellen Streitkräften zunehmend auf Fragen der Streitkräftestrukturen, der Möglichkeiten eines Überraschungsangriffs, der Verteidigerdominanz und den Durchbruchmöglichkeiten bei Vorneverteidigung.

Zur gleichen Zeit wird die bei den herkömmlichen Kräfteverhältnissen und Gefechtsmodellen zugrunde liegende Methodik als für Stabilitätsüberlegungen ungenügend betrachtet. Besonders dem dynamischen Aspekt militärischen Geschehens muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die in den letzten Jahren mathematisch stark weiterentwickelte Theorie dynamischer Systeme und neue Computerverfahren zur Lösung komplexer Probleme könnte dabei wertvolle Hilfestellungen geben.

Neue Herausforderungen der Sicherheitspolitik wie die Steigerung technischer und militärischer Optionen und die Erweiterung des mathematischen Instrumentariums lassen längerfristig neue Ergebnisse in der Modellierung sicherheitspolitischer Fragen erwarten.

Modelle können immer nur Teilaspekte der Wirklichkeit behandeln. Sie sind abhängig von den ihnen zugrunde liegenden Modellannahmen, dem Modellalgorithmus und der Verwendung empirischen Datenmaterials. Oft werden durch sie Resultate abgeleitet, die im Gesamtzusammenhang nicht haltbar sind. Ihre Stärke sind die mögliche Komplexitätsreduzierung, die Einfachheit der Darstellung und der Zwang zu quantitativen Aussagen.

Ziel der Arbeit ist eine Bestandsaufnahme, ein Vergleich und eine Bewertung von mathematischen Modellen in der Sicherheitspolitik. Je nach Modellfamilie, Algorithmus und sicherheitspolitischen Anforderungen sollen die vorhandenen Modelle zusammengestellt, verglichen und bewertet werden. Bei der Evaluation der Modelle sollen deren jeweiligen Ergebnisse und Spezifika herausgestellt werden. Dabei werden besonders Fragen der Rüstungsbegrenzungsstabilität, der Krisenstabilität und der Gefechtsfeldstabilität untersucht.

Wissenschaftliche Kooperation:

Mathematisches Seminar der Universität und der Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und internationale Sicherheit in der Universität Hamburg"; Brookings-Institution, Washington; Center for Security Studies / School of Public Affairs, University of Maryland; RAND-Corporation, Washington; Institute for Defense Analysis; Committee of Soviet Scientists, Moskau; Max-Planck-Institut, Starnberg; Universität der Bundeswehr München; Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Bearbeiterin: Dagmar Otto

Projekt: Technologiefolgen und Friedensverträglichkeit

Kurzbeschreibung: Im Mittelpunkt des Projektes steht die Frage der Friedensverträglichkeit neuer Technologien. Untersucht werden sollen die Risiken und Gefahren der Erforschung und des Einsatzes neuer Technologien wie Kernenergie, Mikroelektronik und Biotechnologien, ihre innergesellschaftlichen und möglicherweise länderübergreifenden Konsequenzen.

In der ersten Phase wurde ein Überblick über die Breite des Untersuchungsgegenstandes und den Forschungsstand erstellt. In der zweiten Phase stand die militärische Nutzung neuer Technologien im Vordergrund:

- Bundeswehrplan 1989 und Heeresstruktur 2000 - Anstehende und geplante Beschaffungen der Bundeswehr und Strukturänderungen unter den Gesichtspunkten Abrüstung und strukturelle Unfähigkeit zum Angriff;
- neue Entwicklungen chemischer und biologischer Kampfstoffe;
- militärische Nutzung neuer Technologien - Modernisierungen und "Sprünge" in der Entwicklung.

In der letzten Phase stehen die im weiteren Sinne friedenspolitischen Probleme neuer Technologien im Mittelpunkt der Untersuchung, wie z. B.:

- Welches sind die innergesellschaftlichen Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien auf Recht und Demokratie, Gesellschaft und Arbeitswelt, Umwelt und Nachwelt?
- Welche Konsequenzen ergeben sich für die Beziehungen der Staaten untereinander?
- Wie lassen sich die neuen Technologien friedensverträglich einsetzen?

Wissenschaftliche Kooperation:

Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg; Hamburger Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg; Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge.

Bearbeiter: Jörg Owen

Projekt: Maritime Aspekte der Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Das ausgehende 20. Jahrhundert ist vom Ost-West-Gegensatz und den hochgerüsteten Verteidigungsbündnissen der Nordatlantischen Allianz (NATO) und des Warschauer Paktes (WP) geprägt. Dieser Gegensatz wird durch zahlreiche Konflikte an der Peripherie und außerhalb der Bündnisgebiete überlagert. Knapper werdende Energie-, Rohstoff- und Nahrungsquellen, Umweltprobleme und wirtschaftliche Verflechtungen haben globale Bedeutung erlangt. Die Weltmächte stehen an einer Schwelle, wo Machterweiterung kaum mehr Sicherheit, sondern eher größere Belastung verspricht, und wo das Verlangen nach mehr Sicherheit die Basis der Macht zu überfordern droht.

Die nuklearen Waffen haben als Mittel der gegenseitigen Abschreckung bisher möglicherweise einen Krieg zwischen den Weltmächten und ihren Verteidigungsbündnissen verhindert. Dennoch läßt der Ausgang eines Krieges mit Nuklearwaffen weder einen Sieger noch das Überleben der Menschheit erkennen.

Diese Gründe und vor allem die finanziellen Konsequenzen einer uneingeschränkten Rüstung haben die Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen und Interessenausgleich erhöht. Gleichwohl scheint der Rüstungswettlauf bei den Seestreitkräften unvermindert weiterzugehen. Dem westlichen Bündnis von Seemächten steht die Kontinentalmacht Sowjetunion gegenüber, die mehr und mehr maritime Interessen vertritt und die versucht, auch als Seemacht aufzutreten. Die Seestreitkräfte der USA können durch Flotten der Sowjetunion im Frieden und in der Krise inzwischen überall neutralisiert werden. Da die Weltmächte bestrebt sind, jeden direkten Konflikt zu vermeiden, gewinnen mittlere und kleine Marinen zunehmend an Bedeutung. Die Gefahr einer Unterbrechung der Seeverbindungen durch einen direkten Konflikt zwischen der

NATO und dem WP ist heute unwahrscheinlicher als die Störung der Seeverbindungen durch Dritte auf Grund anderer Krisen und Konflikte am Rande und außerhalb Europas.

Auf der Suche nach Möglichkeiten und Wegen für eine maritime Sicherheitspolitik werden Einflußfaktoren wie sowjetische Außenpolitik, Seerecht, Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Geographie und die einander gegenüberstehenden Seekriegsmittel untersucht. In einer Lagefeststellung und -entwicklung werden die genannten Faktoren insbesondere im nordeuropäischen Raum betrachtet. Als Schlüsselement stellt sich die Frage nach einem möglichen Wandel sowjetischer Außenpolitik.

Der Ausgangspunkt für Möglichkeiten des maritimen Interessenausgleichs und die Umgestaltung maritimer Machtmittel sind die bestehenden Sicherheitskonzepte der NATO und des WP sowie die Idee und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit.

Das Beziehungsgefüge Sicherheitspolitik-Seemacht wird unter der Fragestellung nach der Bedeutung von Seeherrschaft und einem möglichen Bedarf von Seestreitkräften durchleuchtet. Eine Untersuchung des Begriffes Seeherrschaft vor dem Hintergrund von Auftrag und Aufgaben der deutschen Marine und ein Modell der Seekriegsmittelbedarfsermittlung im nordeuropäischen Raum soll die Kriterien deutlich machen, an denen Möglichkeiten maritimer Sicherheitspolitik zu messen sind.

Das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, der Gegensatz zwischen NATO und WP, insbesondere aber die weltweiten maritimen Interessenkonflikte enthalten mögliches Konfliktpotential und eine Anzahl von Risiken für die Sicherheit Westeuropas.

Durch die 3. Seerechtskonferenz ist es möglich geworden, 70 Prozent der Erdoberfläche zu nationalisieren. Damit könnten sich die Konflikte insgesamt auf See verlagern und zu einem weiter anhaltenden Rüstungswettlauf maritimer Machtmittel im Weltmaßstab füh-

ren. Bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme wurden bisher seegestützte Potentiale ausgeklammert, so daß sich auch hier zukünftig eine Verlagerung des Rüstungswettlaufes zu den seegestützten strategischen Reserven als Ersatz für die Optionen mit landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen ergeben könnte.

Es kommt also darauf an, Wege zur Abrüstung seegestützter nuklearer Potentiale zu finden und einen Ausgleich der weltweiten maritimen Interessen herbeizuführen, die die angestrebte konventionelle Stabilität zwischen Ost und West - aber auch Nord und Süd - auf niedrigem Rüstungsniveau im maritimen Umfeld zulassen.

Eine begrenzte Auswahl von Möglichkeiten der Umgestaltung maritimer Machtmittel und des Ausgleiches maritimer Interessen soll an den Faktoren der Lageentwicklung und den Erfordernissen der Seeheerrschaft sowie der Seekriegsmittelbedarfsermittlung gemessen und beurteilt werden.

Bearbeiter: Andreas Pott

Projekt: Europäische Sicherheit - Perspektive einer Europäisierung der Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung:

Seit es die NATO gibt, wird mit wachsender Intensität, bisher jedoch ohne konkrete Auswirkungen, auch von einer Stärkung Europas oder einer Europäisierung der Sicherheitspolitik gesprochen. Jetzt scheint, unter dem Einfluß von SDI und dem INF-Abkommen, in Europa die Erkenntnis gereift, daß die Struktur der NATO reformbedürftig ist. Die bislang durch die NATO festgelegte Struktur einer Trennung der Sphären von Ökonomie, Sicherheit und Politik wird über kurz oder lang zur Sprengung der Allianz führen. Um eruptive Brüche im Westen zu verhindern, wird von allen politischen Lagern deshalb die Notwendigkeit einer Reform anerkannt.

Die Konsequenz einer weitergehenden Europäisierung der Sicherheitspolitik birgt jedoch auch eine Reihe von Konfliktstoffen. Die Konflikte liegen sowohl in der Zieldefinition einer neugeordneten Sicherheitsstruktur für Europa, als auch in der Frage, auf welchem politischen Weg Veränderungen initiiert und fortgeführt werden sollen. So ist z. B. die Frage der gemeinsamen Militärstrategie, die Frage der Rolle der Atomwaffen, der Stationierung ausländischer Truppen in der Bundesrepublik, der Rüstungskontrolle und nicht zuletzt der vertraglichen und politischen Verklammerung zu lösen.

Zu der Fragestellung, inwieweit eine Verbindung zwischen dem Ansatz einer europäisierten Sicherheitspolitik und dem Schwerpunkt des IFSH der "Gemeinsamen Sicherheit" besteht, wurde ein Teilergebnis veröffentlicht (s. unten). Das Projekt wird jetzt fortgesetzt und ausgedehnt in Richtung der mehr formalen und politisch materiellen Ausgestaltung der europäischen Sicherheit.

In Bezug auf konkrete militärische Gestaltungsfragen in Europa steht das Projekt in unmittelbarer Verbindung zum Projektantrag Pott/Fiorenza einer computergestützten Datenbankentwicklung im Bereich der konventionellen Streitkräfte.

Wissenschaftliche Kooperation:

Zentrum für Friedensforschung und Konfliktforschung, Kopenhagen;
Zentrum für Europäische Dokumentation, Aachen; Europäisches Parlament.

Veröffentlichungen zum Thema:

Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 203-212.

Europäische Sicherheit I. Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa?, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 32, Hamburg 1988.

Bearbeiter: Roland Reimers

Projekt: Verifikationstechnologien mit Fernsensoren

Kurzbeschreibung:

Untersuchungsgegenstand des Projektes ist:

Verifikationstechnologien unter Berücksichtigung von Fernsensoren im Hinblick auf künftige konventionelle Abrüstungsverträge (insbesondere die Wiener KRK-Konferenz). Ein erfolgreiches Zustandekommen von Abrüstungsvereinbarungen bedarf der Vereinbarung wirksamer Verifikationsmaßnahmen. Sie haben eine doppelte Funktion:

- a) Sie sollen den an einer Rüstungskontrollvereinbarung beteiligten Seiten hinreichende Gewißheit geben, daß die jeweils andere Seite die Vereinbarung auch einhält.
- b) In dem Maße, wie keine Verletzung entdeckt wird, sollen sie zwischen den Verhandlungsteilnehmern Vertrauen aufbauen und dadurch langfristig zu einer qualitativ veränderten Beziehung zwischen den Staaten beitragen.

Entsprechend muß den politischen Akteuren ein technisches Instrumentarium zur Verfügung stehen, auf das sie bei der Erstellung von Verifikationsmaßnahmen zurückgreifen können. Dazu gehört der Untersuchungsgegenstand des Projektes: die Fernerkundungstechnologien mittels elektromagnetischer Strahlung.

Fragestellungen waren:

- Welche Technologien gibt es auf diesem Gebiet?
- Was leistet jede einzelne Technologie und wo bestehen prinzipielle physikalische Grenzen?
- Wie ist der gegenwärtige Stand der Technik?
- Welche Entwicklungstendenzen und -möglichkeiten sind für die Zukunft zu erwarten?
- Wo bestehen technologische Lücken, die für die Verifikation künftig denkbarer Abrüstungsverträge geschlossen werden sollten?

Bearbeiterin: Christiane Rix

Projekt: Die Bedeutung der beiden deutschen Staaten bei der Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Die deutsch-deutschen Beziehungen haben sich im Verlauf der 80er Jahre als stabil und weiterhin ausbaufähig erwiesen. Es hat sich gezeigt, daß sie sich zwar nicht unabhängig vom internationalen politischen Klima entwickeln, diesem allerdings auch nicht mehr vollständig unterworfen sind. Einerseits ist das politische Umfeld des Ost-West-Verhältnisses für die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen prägend, andererseits haben die Interessen beider deutscher Staaten an der Weiterentwicklung ihres Dialogs und der engen Kooperation auf verschiedenen Feldern der Politik eine eigenständige Dimension gewonnen.

Die starke Einbindung beider deutscher Staaten in ihre jeweiligen Bündnisse und die in diesem Kontext definierten Sicherheitsinteressen der DDR und der Bundesrepublik bilden den Rahmen für eine politische Strategie, die die Ablösung des gegenwärtigen Abschreckungssystems und die Organisierung von Sicherheit mit vorwiegend nicht-militärischen Mitteln anstrebt. Gleichzeitig bietet jedoch die neue Dynamik in den deutsch-deutschen Beziehungen sowie im Ost-West-Verhältnis insgesamt Ansatzpunkte für eine Politik, die auf die Stabilität in den Ost-West-Beziehungen, auf Wiederbelebung und Weiterführung der Entspannungspolitik sowie als Zielperspektive auf die Realisierung von Gemeinsamer und Kollektiver Sicherheit gerichtet sind.

Die Veränderungen, die sich in den vergangenen zwei Jahren in der Sicherheitspolitik der Staaten des Warschauer Vertrages und damit auch der DDR ergeben haben, erfordern eine inhaltliche Ausweitung des Projektes. Zunächst wurde die historische Entwicklung der beiden deutschen Staaten in ihrer Einbindung in außenpolitische Strukturen und die damit zusammenhängende sozio-ökonomische Prä-

gung analysiert. Der Schwerpunkt lag vorwiegend bei der Untersuchung der Handlungsspielräume für eine alternative Politik im Rahmen der Bündnisse.

Im letzten Jahr wurde das Hauptgewicht in der Arbeit auf die Sicherheitspolitik der DDR und die Entwicklung der Beziehungen zwischen den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion gelegt. Da im Augenblick eine erhebliche Dynamik in der Debatte in der DDR sowohl über militärische wie auch politische und ökonomische Fragen des Ost-West-Verhältnisses zu verzeichnen ist, wird hier auch im folgenden Jahr der Schwerpunkt der Arbeit liegen. Hierbei geht es vor allem um die Verfolgung der DDR-Diskussion, um die inhaltliche Ausgestaltung des "friedlichen Wettbewerbs", und um den Versuch, Kriterien für einen solchen friedlichen Wettbewerb festzulegen.

Schließlich wird die Diskussion um Gemeinsame Sicherheit als Perspektive für das Ost-West-Verhältnis in Europa in Richtung auf die Realisierung eines Systems Kollektiver Sicherheit weitergeführt werden. Hierbei wird es angesichts der neuen Entwicklung auch in Westeuropa (Binnenmarkt 1992) darum gehen, die Frage nach möglichen supranationalen Kooperationsstrukturen zwischen Westeuropa und Osteuropa zu diskutieren.

Das Forschungsprojekt schreibt sich von daher vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Dynamik in den Ost-West-Beziehungen ständig selbst fort. Dennoch soll im Verlaufe des Jahres 1989 ein Forschungsbericht vorliegen, der die angedeuteten Aspekte behandelt und gegebenenfalls neue Fragen aufwirft. Das Jahr 1989 bietet sich für einen solchen Bericht (Buchmanuskript) auch deshalb an, weil sich die Gründung der beiden deutschen Staaten zum 40sten Male jährt.

Veröffentlichungen zum Thema:

Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg 1988.

Veränderungen der Rolle des Militärischen in den Ost-Ost-Beziehungen. Die Perspektive der DDR. In: Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ursachen - Inhalte - Grenzen. XXI. DDR-Forschertagung vom 24. - 27. Mai 1988, Köln 1988.

Zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen. In: Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 61-70.

Bearbeiter: Arnold Peter Teicht

Projekt: Die Rolle Frankreichs in einem künftigen Sicherheitssystem für Europa

Kurzbeschreibung:

Die Verteidigungspolitik Frankreichs als einzige kontinentale Nuklearmacht Westeuropas ist für die Sicherheitspolitik Europas von zentraler Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sollen die Fixpunkte und Handlungsvariablen der französischen Verteidigungspolitik für einen mittelfristig absehbaren Zeitraum herausgearbeitet werden.

Ausgewählte sicherheitspolitische Konzepte werden dann anhand dieser Fixpunkte und Handlungsvariablen mit Blick auf ihre Realisierbarkeit kritisch überprüft.

Zur Vorgehensweise im Einzelnen:

- Darstellung des aktuellen Sachstands der französischen Verteidigungspolitik unter Berücksichtigung der ausländischen Presse und Kommentare und Entscheidungslage und Parteitagsbeschlüsse der sozialistischen Regierung unter Premierminister Rocard
- Erläuterung der französischen Haltung zu Rüstungskontrollverhandlungen
- Darstellung unverrückbarer Standpunkte und Handlungsvariablen französischer Verteidigungspolitik
- Messen und Bewerten dieser Handlungsspielräume an unterschiedlichen ausgewählten Ansätzen und Konzepten zu Sicherheit (z. B. 'Gemeinsame Sicherheit', 'Konzept gegenseitiger Sicherheit', 'atomwaffenfreie Zonen' etc.)
- Darstellung der Konsequenzen für ein Sicherheitssystem für Europa.

Bearbeiter: Wang Jinbiao

Projekt: Das Konzept "Gemeinsame Sicherheit" aus chinesischer Sicht.

Kurzbeschreibung:

Gemeinsame Sicherheit ist als Konzept in Europa vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts entwickelt worden. Gemeinsame Sicherheit ist die Alternative zur Doktrin der Abschreckung, die die Grundlage der gegenwärtigen Sicherheitspolitik in Ost und West darstellt.

Die Volksrepublik China verfügt über Atomwaffen. Sie beschäftigt sich jetzt mit einem langfristigen Verteidigungsplan. Die Welt wandelt sich von der Bipolarität zur Multipolarität. Für die chinesische Politikwissenschaft gibt es also Anlaß, sich ebenfalls mit der Alternative zur Abschreckung zu befassen.

Im Laufe des Projektes werden die theoretischen Grundlagen des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit erarbeitet und seine Realisierungsmöglichkeiten innerhalb des Ost-West-Konflikts unter Berücksichtigung relevanter politischer Entwicklungen in Ost und West überprüft. Ferner ist im Transfer zu untersuchen, ob und wie Gemeinsame Sicherheit in einer multipolaren Welt auch in anderen Regionen und Konflikten als sicherheitspolitische Alternative gelten und realisiert werden kann. Es geht um die Frage, ob Gemeinsame Sicherheit im Kampf um Abrüstung und Vertrauensbildung - um Frieden - in der ganzen Welt eine Antwort darstellt.

Bearbeiter: Herbert Wulf

Projekt: Ost-West-Handel und Sicherheitspolitik

Kurzbeschreibung:

Im Projekt wird die Frage untersucht, welche Einflüsse - positiv oder negativ - der Ost-West-Handel auf die Sicherheitspolitik hat. Bedeutsam für die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ist eine politisch bestimmte Reglementierung des Handels, eine bewußt herbeigeführte und gewollte Verknüpfung von Handel und Politik. Kann die in der Vergangenheit häufig angewandte negative Verknüpfung in Form von Sanktionen, Embargos, Exportkontrollen, Kreditrestriktionen usw. dauerhaft in eine positive Verbindung umgekehrt werden? Kann die wirtschaftliche Philosophie des beiderseitigen Vorteils auf die Sicherheitspolitik übertragen und ein schrittweiser Abbau der Gefahrenpotentiale erreicht werden?

Gemessen an der Wirtschaftskraft und dem Entwicklungspotential in beiden Blöcken sind die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen unterentwickelt und könnten - bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen - erheblich ausgebaut werden. Mit politischer und wirtschaftlicher Vernunft lassen sich Regeln für die Kooperation entwickeln, die im wirtschaftlichen Bereich Perspektiven vor allem auf drei Ebenen eröffnen:

- langfristige Verflechtungen in den Versorgungsstrukturen der Energiewirtschaft,
- Kooperation im Umweltschutz, die die grenzüberschreitenden Schäden reduziert oder beseitigt,
- technische Kooperation, die das Entwicklungsgefälle in Europa verringert.

(Veröffentlichung der Ergebnisse: Manuskript "Handel und Frieden" abgeschlossen im Oktober 1988)

Wissenschaftliche Kooperation:

Fachökonomen mit Schwerpunkt Ost-West-Handel (z. B. Hamburger Weltwirtschaftsarchiv; Stiftung Wissenschaft und Politik, Ehrenhausen; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.)

4. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des IFSH 1988

Günther Bächler

1) Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Ein Beitrag zur Demokratieproblematik in der Sicherheitspolitik; Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 29, Hamburg 1988.

2) Die heutige Lage: kontrollierte Hochrüstung, in: Die Zukunft der Bundesrepublik. Prognosen und Szenarien des Öko-Instituts, Hamburg 1988, S. 188-218, (zus. mit Christiane Rix und Herbert Wulf).

Egon Bahr

3) Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow. Berlin 1988.

4) Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988.

5) Gemeinsame Sicherheit - Konventionelle Stabilität. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit. Baden-Baden 1988 Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 42, Mithrsg.

6) Militärische Konfrontation - Konventionelle Stabilität - Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Konventionelle Stabilität, Baden-Baden 1988, S. 13-24.

7) Das Gebot der Einheit und Ziel Europa im Widerspruch, Teil I, in: Frankfurter Rundschau Nr. 290 vom 13. Dezember 1988, S. 10 und Teil II, in: Frankfurter Rundschau Nr. 291 vom 14. Dezember 1988, S. 14.

Matthias Bartke

8) Bundeswehrtruppen für die UNO?, in: Vierteljahresschrift Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 4/1988, S. 259-265.

Hanne-Margret Birkenbach

9) "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinderbriefe an Reagan und Gorbatschow, Opladen 1988, (zus. mit Christoph Sure).

10) Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt. Zur politischen Psychologie einer Streitkultur, Hamburger Beiträge

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 28, Hamburg 1988.

11) Wahrnehmungsmuster in den Ost-West-Beziehungen - Der Wandel der Perzeption der Sowjetunion in der Bundesrepublik, in: Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 71-82.

12) Erfahrungen im Ost-West-Dialog - Schwierigkeiten und Möglichkeiten einander nicht feindschaftlich zu begegnen, in: Frieden in der Stadt, hrsg. vom Kulturstadtrat der Stadt Schwerte, 1988, S. 119-135.

13) Zur politischen Psychologie der internationalen Beziehungen, in: Helmut König (Hrsg.), Politische Psychologie heute, Opladen 1988, S. 283-295.

14) Frauen als Hoffnungsträgerinnen für den Frieden? in: Weder Waffenrock noch Schwesternkleid, hrsg. von: Die GRÜNEN im Bundestag et. al., Bonn 1988, S. 115-130.

15) Pazifismus in Europa, in: Karl A. Kumpfmüller, Anton Pelinka, Joachim Riedl (Hrsg.), Stein in der Hand, Taube auf dem Dach. Zum Verhältnis von Pazifismus und Widerstand, Wien 1988, S. 14-28.

16) Militär "Nein danke"? Zur psycho-sozialen Basis zivil-militärischer Inkompatibilität - am Beispiel von Jugendlichen im Wehrdienstalter, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Militär als Lebenswelt, Opladen 1988., S. 95-111.

17) Wie sicher leben wir? - Ängste bewußt machen und bewältigen, in: Jörg Calließ / Reinhold E. Lob (Hrsg.), Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Band 3: Friedenserziehung, Düsseldorf 1988, S. 488-496.

18) Auch Frauen können nicht hexen - Pazifismus und die feministische Herausforderung, in: Karl Kumpfmüller, Anton Pelinka, Joachim Riedl (Hrsg.), Stein in der Hand, Taube auf dem Dach. Zum Verhältnis von Pazifismus und Widerstand, Wien 1988, S. 62-78.

Susanne Bund

19) Sowjetunion - Außen- und sicherheitspolitische Aspekte von Perestrojka: Literaturauswahl, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 2/1988, S. 77-79.

20) Kernenergie und innere Sicherheit: Literaturauswahl, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 3/1988, S. 147-150, (zus. mit Sabine de Buhr).

21) Ausgewählte Literatur zum Berlin-Problem, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 4/1988, S. 251-252.

Susanne Feske

22) Konflikt und Kooperation in Südostasien, in: Wilfried Wagner (Hrsg.), Strukturwandel im pazifischen Raum, Bremen 1988, S. 107-122.

23) 15 Jahre MBFR-Verhandlungen: Eine Bilanz, in: Ingo Peters (Hrsg.), Entspannung durch Rüstungskontrollpolitik? Stand und Perspektiven für die 90er Jahre, Berlin 1988, S. 29-51.

Martina Fischer

24) Impulse. Teil II. Qualitative Auswertung - Interpretation und Auswertung der Antworten friedensaktiver Kommunen, in: Stadt Schwerte (Hrsg.): Impulse. Umfrageergebnisse zur kommunalen Friedensarbeit, Schwerte 1988, S. 39-168.

25) Vom Friedensbeschuß zur strukturellen Friedenspolitik, in: Stadt Schwerte (Hrsg.): Frieden in der Stadt. Eine Dokumentation der Stadt Schwerte zu den Ergebnissen der Tagung "Stadt - Kultur - Frieden" im Rahmen des Projektes "Kultur 90", Essen 1988, S. 191-205.

26) Von der atomwaffenfreien Zone zur kommunalen Friedenspolitik. Bundesweite Umfrage der Stadt Schwerte zur Friedensarbeit von Städten und Gemeinden, in: Antimilitarismus-Information Heft 9-10/1988, IV-17 - IV-24.

27) Kommunale Friedensarbeit. Sammelrezension in: Antimilitarismus-Information Heft 11/1988, Z-27f.

Margret Johannsen

28) Die doppelte Null-Lösung, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 4, Dezember 1987.

29) Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 31, 1988 (zus. mit Dieter S. Lutz).

30) Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 33, 1988 (hrsg. zus. mit Herbert Wulf).

Axel Krohn

31) Die "Westeuropäisierungsdebatte" und die nördlichen Flankenstaaten der NATO, in: Antimilitarismus Information Heft 6, 1988, S. III-61 - III-65.

32) Nukleare Mittelmächte in Europa, in: Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 97-104.

Dieter S. Lutz

33) Abschreckung oder Abhaltung? Angriffsfähigkeit oder Angriffsunfähigkeit?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3/1988, S. 298-300.

34) On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 25, Hamburg 1988.

35) Friedens- und Konfliktforschung, in: Ekkehard Lippert / Günther Wachtler (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen 1988, S. 134-141.

36) Teilelement einer politischen Konzeption. Funktionen, Zielkriterien, konzeptioneller Rahmen der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Nr. 6/1988, S. 547-553.

37) Strukturelle Angriffsunfähigkeit durch Defensive Zonen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1988, S. 727-732.

38) Strukturelle Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und einer Konzeption Gemeinsamen Friedens. Diskussionsvorlage, verabschiedet vom August-Bebel-Kreis. Materialien, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1988.

39) Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 27, Hamburg 1988 (Mitverf.)

40) Vernunft riskieren - Gemeinsame Sicherheit schaffen! Teil I: Hamburg - Berlin - Dresden - Hamburg, in: Peter Glotz u. a. (Hrsg.), Vernunft riskieren - Klaus von Dohnanyi zum 60. Geburtstag, Hamburg 1988, S. 289-305.

41) Gemeinsame Sicherheit. Konventionelle Stabilität. Bd. III: Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988 (Hrsg. mit E. Bahr).

42) Zur Genesis Struktureller Nichtangriffsfähigkeit, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III, Baden-Baden 1988, S. 26-35.

43) Stabilität und Abrüstung durch Umrüstung, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III, Baden-Baden 1988, S. 93-99.

44) Was heißt "Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" (i.e.S.), in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III, Baden-Baden 1988, S. 123-128.

45) Defensive Zonen, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III, Baden-Baden 1988, S. 483-492.

46) Vom Atomwaffenfreien Korridor zur Panzerfreien Zone, in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit Bd. III, Baden-Baden 1988, S. 493-500.

47) Die reale Vision des Weltfriedens, in: ausblick Nr. 9/1988, S. 16 f.

48) Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 31/1988 (Mitverf.).

49) Politik des Friedens, in: Vorstellungen zu einem neuen Grundsatzzprogramm der SPD. Materialien, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1988, S. 7 f.

50) Rüdiger Altmann, Der wilde Frieden, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1988, S. 280

Erwin Müller

51) Vertrauensbildung in Europa: Die KVAE und ihre Folgen, in: Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 131-135.

52) Überlegungen zum Problemfeld "Konventionelle Stabilität", in: Egon Bahr / Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Konventionelle Stabilität, Baden-Baden 1988, S. 44-61.

Reinhard Mutz

53) Die zerbrochene Hauptstadt - Berlin als politisches Symbol des Ost-West-Konflikts, in: Hannelore Horn (Hrsg.), Berlin als Faktor nationaler und internationaler Politik, Berlin 1988, S. 45-65.

54) Berlin in der Konfrontationsphase des Ost-West-Konflikts - Ein sicherheitspolitisches Lehrstück, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S + F), Nr. 4/1988, S. 220-227.

55) Konventionelle Stabilität - Eine Einführung, in: Egon Bahr und Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit / Konventionelle Stabilität - Zu den militärischen Aspekten Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen Gemeinsamer Sicherheit, Baden-Baden 1988, S. 36-43.

56) Die Kontrolle konventioneller Rüstung in Europa, in: Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 121-130.

57) Konventionelle Stabilität auf niedrigerem Kräfteniveau - Von MBFR zu KKK, in: Hanns-Dieter Jacobsen, Heinrich Machowski, Dirk Sager (Hrsg.), Perspektiven für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bonn 1988, S. 290-305.

Andreas Pott

58) Nuklear - Transnuklear - Ganz Nuklear? Die europäische Dimension des Hanauer Atomüllskandals, in: EG Magazin, Nr. 3/1988, S. 7-9.

59) Deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik, in: Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 203-212.

60) Zwischen Mogelpackung und Leitbild. Mammutwerk über das Europäische Parlament, Besprechung von: Eberhard Grabitz / Otto Schmuck / Sabine Steppat / Wolfgang Wessels: "Direktwahl und Demokratisierung" - Eine Funktionsbilanz des Europäischen Parlaments nach der ersten Wahlperiode - Europäische Studien des Instituts für Europäische Politik, Bd. 15, Bonn 1988, in: EG Magazin, Nr. 9/1988, S. 35.

61) Besprechung von: Karl Kaiser / Pierre Lellouche (Hrsg.), Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Weg zur Gemeinsamkeit? Schriften des Forschungsinstituts der DGAP e. V., in: Politische Vierteljahresschrift - PVS-Literatur - Nr. 3/1988, S. 533-534.

62) Europäische Sicherheit I. Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 32, Hamburg 1988.

63) Europäische Integration durch Rüstungskoooperation. Milliardenpoker um den Jäger 90, in: EG Magazin, Heft 12/1988, S. 9-10.

Christiane Rix

64) Die heutige Lage: kontrollierte Hochrüstung, in: Die Zukunft der Bundesrepublik. Prognosen und Szenarien des Öko-Instituts, Hamburg 1988, S. 188-218, (zus. mit Günther Bächler und Herbert Wulf).

65) Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5, Hamburg 1988.

66) Veränderungen der Rolle des Militärischen in den Ost-Ost-Beziehungen. Die Perspektive der DDR, in: Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ursachen - Inhalte - Grenzen. XXI. DDR-Forschertagung vom 24. - 27. Mai 1988, Köln 1988.

67) Zur Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen, in: Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 61-70.

Herbert Wulf

68) Die Bombe tickt bereits im Keller der Beinahe-Nuklearmächte, in: Frankfurter Rundschau vom 25.01.1988, S. 10 abgedruckt aus: Der Überblick, Heft 4 / Dezember 1987, S. 18-22.

69) Was heißt Rüstungskonversion?, in: Hamburger Informationen, Ausgabe 6, 1988, S. 1-11.

70) Die UNO-Konferenz "Abrüstung und Entwicklung". Konkrete Utopie oder utopische Erwartung, in: Interdependenz, Stiftung Entwicklung und Frieden, Nr. 1/88, Bonn 1988.

71) Die heutige Lage: kontrollierte Hochrüstung, in: Die Zukunft der Bundesrepublik. Prognosen und Szenarien des Öko-Instituts, Hamburg 1988, S. 188-218, (zus. mit Günther Bächler und Christiane Rix).

72) Rüstungsexporte der Bundesrepublik in die Dritte Welt - Entwicklung und politische Praxis -, in: SOWI, Vortrag im Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, München, 16.12.1987.

73) Conversion en el Norte de Alemania: Productos de Utilidad Social, in: Desarrollo y Cooperacion (D + C), 3/1988, S. 10-12.

74) Zur militärischen Rolle der Supermächte in der Dritten Welt, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Der West-Ost-Konflikt, Paderborn / München / Wien / Zürich, 1988, S. 164-167.

75) Arms Transfer and Procurement: the Extent of International Cooperation, in: Arms Jobs Conversion, Transport and General Workers Union, Eastbourne 1987, S. 18-21.

76) Waffenlieferungen für den Golf-Krieg, in: Friedensgutachten 1988, hrsg. von Klaus von Schubert, Egon Bahr, Gert Krell, Heidelberg 1988, S. 243-247.

77) The West German Arms Industry and Arms Exports, in: Alternatives XIII 1988, S. 319-335.

78) Thesen zum Verhältnis von ziviler und militärischer Forschung, in: Johannes M. Becker / Beate Wagner / Klaus Peter Weiner (Hrsg.), Westeuropäische Technologiepolitik im Spannungsfeld wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen, Eureka Nr. 8, Marburg 1988, S. 99-102.

79) Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 33, Hamburg 1988, (zus. mit Margret Johannsen).

80) Abrüstung und Entwicklung: Ziele der UNO-Konferenz, in: Jahrbuch Dritte Welt 1989 (Hrsg.) Deutsches Übersee-Institut Hamburg, München 1988, S. 110-116.

5. Anhang

5.1 Reihenübersicht

5.2 Kontakte des IFSH - eine Auswahl

5.3 Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und internationale Sicherheit"

5.4 East-West Workshop on Common Security

5.5 Resonanz

5.1 Reihenübersicht

Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

- Heft 1 Mutz, Reinhard, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986*
- Heft 2 Lutz, Dieter S., Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986*
- Heft 3 Wilke, Peter/Wulf, Herbert, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986*
- Heft 4 Rix, Christiane/Wilke, Peter, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986*
- Heft 5 Mutz, Reinhard, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. Sept. 1986*
- Heft 6 Kerby, William, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A quantitative Analysis. Okt. 1986
- Heft 7 Birckenbach, Hanne-Margret/Sure, Christoph, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dez. 1986*
- Heft 8 Lutz, Dieter S., Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dez. 1986*
- Heft 9 Theilmann, Alexander, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dez. 1986*
- Heft 10 Rix, Christiane, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dez. 1986*
- Heft 11 Lutz, Dieter S., Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dez. 1986*
- Heft 12 Bächler, Günther, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dez. 1986

*) vergriffen

- Heft 13 Lutz, Dieter S., Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987*
- Heft 14 Baudissin, Wolf Graf von, Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zum 80jährigen Geburtstag des Gründungsdirektors des IFSH. Mai 1987*
- Heft 15 Fischer, Horst, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987
- Heft 16 Batscheider, Tordis, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987
- Heft 17 Dunay, Pal, Hungary's Security Policy. Juni 1987
- Heft 18 Werthern, Hans Carl von, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987
- Heft 19 Spitzer, Hartwig (Hrsg.), Proceedings of the Workshop Aspects of the Verification of Arms Control Treaties. Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part I. Juni 1987
- Heft 20 Spitzer, Hartwig (Hrsg.), Proceedings of the Workshop Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties. Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part II. Juni 1987
- Heft 21 Bächler, Günther / Rix, Christiane, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". Nov. 1987*
- Heft 22 Lutz, Dieter S., Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Nov. 1987*
- Heft 23 Wulf, Herbert, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dez. 1987
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dez. 1987
- Heft 25 Lutz, Dieter S., On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Jan. 1988
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988

*) vergriffen

- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988
- Heft 28 Birckenbach, Hanne-Margret, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988
- Heft 29 Bächler, Günter, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988
- Heft 30 Fiorenza, Nick, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988
- Heft 31 Johannsen, Margret / Lutz, Dieter S., Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988
- Heft 32 Pott, Andreas, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988
- Heft 33 Johannsen, Margret / Wulf, Herbert (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988
- Heft 34 Dünne, Ludger, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988.

Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

- Heft 1 Lutz, Dieter S./Batscheider, Tordis: Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986*
- Heft 2 Lutz, Dieter S./Bund, Susanne: Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987
- Heft 3 Bahr, Egon/Lutz, Dieter S./Müller, Erwin/Mutz, Reinhard: Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dez. 1987*
- Heft 4 Johannsen, Margret: Die Doppelte Null-Lösung. Dez. 1987
- Heft 5 Rix, Christiane: Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Jan. 1988

Heft 6 Wulf, Herbert: Was heißt Rüstungskonversion? Febr. 1988

Pädagogische Informationen zur
Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Heft 1 Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht?, März
1988*

*) vergriffen

5.2 Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Akademie der Wissenschaften, Berlin, DDR
- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Auswärtiges Amt, Bonn
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), Bonn
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Centro de Investigación para la Paz, Madrid, Spanien
- Centro Ortega y Gasset, Madrid, Spanien
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Vereinigung Politischer Wissenschaftler, Hamburg
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald, DDR
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel, Frankreich / Belgien
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Forschungsinstitut für Friedenspolitik e. V. Starnberg
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Freie Universität Berlin (FU)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Generalsekretariat des Europäischen Parlaments, Luxemburg
- Gustav-Heinemann-Initiative (GHI), Stuttgart
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin, DDR
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris, Frankreich
- Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Berlin, DDR
- Institut für Internationale Studien der Karl-Marx-Universität, Leipzig

- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF), Frankfurt / Main
- Institute for Defence Studies and Analyses, Neu Delhi, Indien
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Mass., USA
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Institute of Peace Research and Action (IPRA), London, Großbritannien
- Instituto de Relaciones Europea-Latinoamericanas, (IRELA), Madrid, Spanien
- Inter Naciones, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London, Großbritannien
- IPSA Research Committee on Political Education, University of Ottawa, Kanada
- King's College, Department of War Studies, London, Großbritannien
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, Belgien
- Landesverteidigungsakademie, Wien, Österreich
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- Max-Planck-Gesellschaft, Arbeitsgruppe Afheldt, Starnberg
- Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentlichkeitsrecht und Völkerrecht, Hamburg
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining, Österreich
- Ostkolleg, Köln
- Pädagogisch-Theologisches-Institut (PTI), Hamburg
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Sektion Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Bildende Künste, Dresden
- Sektion Psychologie und Völkerrecht an der Universität Jena
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Volkswagen-Werk, Hannover
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm, Schweden
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- Transnational Institute (INI) Amsterdam, Niederlande
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf, Schweiz
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin

5.3 Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe

"Naturwissenschaft und internationale Sicherheit"

Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg gegründet.

Wissenschaftler der Fachbereiche Informatik, Mathematik und Physik haben nach intensiver Vorbereitung eine **Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg** gebildet, deren Einrichtung vom Universitätspräsidenten bestätigt wurde und die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat.

Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist die Durchführung bzw. Koordinierung von Forschung, Lehre, internationalen Kontakten und Information auf dem Gebiet von Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit. Vorhandene Vorarbeiten an der Universität sollen hierdurch deutlich verstärkt und der Fachöffentlichkeit nutzbar gemacht werden. Die Arbeitsgruppe wird auf Hamburger Ebene mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und dem Institut für Politische Wissenschaften zusammenarbeiten.

Als erste Forschungsprojekte sind vorgesehen:

- Mathematische Untersuchungen zur Abrüstung und Stabilität
- Verifikation bei konventioneller Abrüstung in Europa mit Fernsensoren
- Modernisierungstrends im Bereich konventioneller Rüstung

Ab Sommersemester 1989 wird gemeinsam mit dem Institut für Politische Wissenschaften eine zweisemestrige Ringvorlesung:

- Abrüstung, Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit

durchgeführt, an der auch Referenten des IFSH und der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg mitwirken werden.

Träger der Arbeitsgruppe sind:

Prof. Johann Bienlein (DESY/Fachbereich Physik), Prof. Hans Daduna (Institut für Stochastik, Fachbereich Mathematik), Prof. Leonie Dreschler-Fischer (Arbeitsbereich Kognitive Systeme, Fachbereich Informatik), Prof. William Kerby (Mathematisches Seminar, Fachbereich Mathematik), Prof. Gunnar Lindström (I. Institut für Experimentalphysik, Fachbereich Physik), Prof. Claus Peter Ortlieb (Institut für Angewandte Mathematik, Fachbereich Mathematik), Prof. Hartwig Spitzer (II. Institut für Experimentalphysik, Fachbereich Physik), Prof. Rüdiger Valk (Arbeitsbereich Theoretische Grundlagen der Informatik, Fachbereich Informatik).

Hamburg, im Dezember 1988

5.4 East-West Workshop on Common Security

EAST-WEST WORKSHOP ON COMMON SECURITY

Sponsored by

Institute for Peace and International Security
Cambridge, Massachusetts, USA

Institute for Peace Research and Security Policy
Hamburg, Federal Republic of Germany

USSR-USA Society
Moscow, Union of Soviet Socialist Republics

Our vision is of an international order where there is no need for nuclear weapons, where peace and security could be maintained at much lower levels of conventional armaments and where our common resources could be devoted to providing greater freedom and a better life for people.

-- Olof Palme, Common Security, 1982

Hosted by

American Academy of Arts and Sciences
Cambridge, Massachusetts, USA

June 26-30, 1988

INTRODUCTION

The East-West Workshop on Common Security is an ongoing joint project of three organizations: the Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Massachusetts, USA; the Institute for Peace Research and Security Policy, University of Hamburg, Hamburg, Federal Republic of Germany; and the USSR-USA Society, Moscow, USSR.

In short, the goal of the Workshop is to convene annually younger scholars and emerging leaders from East and West in the field of international security policy to share, discuss, debate, and develop mutual ideas of "common security." Common Security is defined as the idea that no nation can ensure its own security at the expense of another; it is the realization that security can be constructed only mutually through interdependent and international measures of cooperative engagement rather than national and independent confrontational policies.

The first session of the Workshop convened for five days at the American Academy of Arts and Sciences in Cambridge, Massachusetts, USA in June, 1988. Participants in the daily roundtable seminars included scholars from Denmark, the Federal Republic of Germany, the German Democratic Republic, Great Britain, Hungary, Poland, the Soviet Union, and the United States. (Their names are listed later in this report.)

Workshop participants also visited Washington, D.C. and New York City where discussions were arranged with both governmental and non-governmental organizations. (See meeting list included later in this report.)

The Workshop reconvenes in 1989 in East and West Germany and again in 1990 in the Soviet Union.

Funding for IPIS participation in this project has been provided by the John D. and Catherine T. MacArthur Foundation, the Winston Foundation for World Peace, the Ploughshares Fund, the Boston Foundation, and anonymous donors.

WORKSHOP SYNOPSIS

In late 1980 the late Swedish Prime Minister Olof Palme convened an Independent Commission on Disarmament and Security Issues to study possibilities for ending nuclear and conventional arms races. His quote on the cover of this report is taken from the international Commission's final report, Common Security: A Programme for Disarmament (London and Sydney: Pan Books, 1982), which established the theme of "common security" as a central one in the late twentieth century debate around international security arrangements. The Commission, which included Egon Bahr, Director of the Institute for Peace Research and Security Policy in

Hamburg, set the challenge of developing new visions of security very well (p. xii):

...the tremendous popular and political awakening of the past...has created a new public concerned with peace and security. People no longer see nuclear war as something distant and unreal. They see the costs of military spending in terms of cuts in health programmes, lost jobs, lost hopes for development. They know with chilling exactitude what would happen in war to their cities and neighbourhoods, to their relatives, friends, to those they love. They understand, often more clearly than some security experts, the tenuousness of mutual deterrence.

Workshop discussion and papers (see appended list) covered a wide range of related issues including nuclear weapons and strategy, conventional forces, and economic, political, and environmental relations between nations.

Challenge and Opportunity: The 1980s include both a growing threat of war and increasing hope for peace. It was acknowledged that some seventeen major nuclear arms control treaties and agreements since the 1959 Antarctic Treaty have now legitimized such international arrangements. These understandings have accomplished much in the way of arms control:

- * the 1968 Non-Proliferation Treaty (NPT) has contributed toward limiting the spread of nuclear weapons;
- * the 1963 Limited Test Ban Treaty (LTBT) has pushed most nuclear testing underground;
- * the SALT I and II agreements have placed quantitative limits on strategic nuclear deployments;
- * at least four treaties - Antarctic, Seabed, Outer Space, and Latin American - have restricted the geographic deployment of nuclear weapons; and
- * the most recent INF Treaty and the 1972 ABM Treaty have limited or banned specific weapons categories.

Yet there is growing recognition among both elite and public groups that the thirty years of arms control negotiations have been insufficient to halt the threat of nuclear and conventional war or to limit the costs of worldwide arms races.

Although the NPT now lists over three-quarters of the world's nations as signatories, nuclear weapon proliferation is occurring among half a dozen or more countries. Although the Outer Space Treaty bans weapons of "mass destruction" in orbit, major Star Wars research, development, and testing proceeds. Although atmospheric testing has been banned, warhead testing continues more vigorously than ever underground. Although SALT agreements have capped some categories of warheads and launchers, the nuclear weapon states continue to build new strategic and tactical warheads and nuclear-armed submarines, missiles, bombers and other systems in the name of "modernization." Although the December, 1987 INF Treaty bans intermediate-range missiles, plans are underway at least within the North Atlantic Alliance (NATO) to proceed with new tactical nuclear weapon deployments.

Regarding conventional (non-nuclear) forces, the lack of success in fifteen years of Mutual (Balanced) Force Reduction (MFR/MBFR) talks in Vienna leads one to question the political will of participants to engage in serious pullback of troops abroad. In 1987 at least twenty-nine countries still stationed 1.8 million armed forces in sixty-eight foreign countries; the United States and the Soviet Union accounted for seventy percent of these troops.

Recent years have witnessed over 100 countries in the Third World importing weapons, the majority being exported from the US and USSR again. Also in 1987 at least twenty-two sizeable wars were underway, regardless of nuclear and conventional "deterrent" policies, more wars than in any previous year in recorded history. As Ruth Leger Sivard points out in her annual report, World Military and Social Expenditures 1987-88 (Washington, DC: World Priorities, 1987), recent battlefields include twenty-three countries from Burma and Cambodia to El Salvador and Nicaragua to Angola and Mozambique to Afghanistan. Thus far 2.2 million soldiers and civilians have died in these wars, the majority victims of war-related famine in Sub-Saharan Africa.

Another major concern is the rise in worldwide military spending, now approaching \$ 1 trillion annually. In 1986, the world total was \$ 825 billion, up 240% from 1960 (in real terms); of this total, the US and USSR accounted for 56%. Striking is the fact that the developed world increased its spending over this twenty-five-year period by 200% while the developing world rose 663%, graphically illustrating the spread of global militarism.

And yet there are important signs of hope. Most Americans indicate in national polls that the Soviet Union is no longer the primary threat to security; the economy and drugs dominate public concern today. It appears that similar signs of improved peaceful coexistence between East and West are appearing within the Soviet Union as it undergoes "perestroika" and "glasnost" and also on the European continent.

Some conflicts show signs of disengagement or settlement: Angola, Afghanistan, and Iran/Iraq/Persian Gulf. A new series of conventional force negotiations will begin in March, 1989 in Vienna between the NATO and Warsaw Pact alliances. The Soviets have undertaken a number of unilateral arms control and disarmament initiatives, including the recent nineteen-month moratorium on nuclear testing and proposals for Warsaw Pact force reductions in Europe. East-West governmental and non-governmental exchanges at all levels are proliferating. Progress in human rights, leading to an international conference in Moscow in 1990, is happening. And, environmental cooperation, particularly since the Chernobyl and other recent disasters, is on the rise.

The demand for improving the security of all peoples is great:

- * hunger-related causes kill as many people in two days as were lost at Hiroshima;
- * the USSR, which spent an estimated \$ 4.6 trillion (constant 1984 \$US) on its military since

1960, ranks twenty-third among 142 countries in economic-social standing;

- * the USA, which prides itself on having by far the largest national economy, ranks eighteenth worldwide in infant mortality; and
- * at least fifty percent of the Third World population is without simple necessities of life - potable water.

Indeed, there is considerable need for redefining traditional concepts of "security" far beyond the common simplistic comparisons of military might; well-armed nations may not be very secure, while unarmed, "weak" nations may be much more secure in other ways.

Nuclear Weapons: Beyond Deterrence: Although a number of important quantitative limits have now been negotiated throughout a decade of intermittent strategic arms discussions, the nuclear arms race continues unabated. The United States and the Soviet Union continue to commit some twenty percent of their annual military budgets to nuclear weapons research, development, testing, and procurement. Given that less than one percent of current nuclear arsenals would devastate both nations and possibly the world, the \$ 100 billion-plus spent annually for "modernizing" nuclear weapons is largely wasteful at best, dangerous and destabilizing at worst.

Nuclear deterrence, the ability to retaliate with a devastating attack against an aggressor who strikes first with nuclear weapons, was the policy of mutual threat and counterthreat upon which Soviet and American arsenals have been built. But both arsenals have moved far beyond deterrence, to the point of striving to perfect first-strike, counterforce, and nuclear war-fighting capabilities. New weapons are often argued to be "deterrent" in nature but seldom carry that primary purpose. Defense has given way to offense in quicker, more accurate, more deadly nuclear-tipped missiles. And offense is defined as defense in destabilizing R&D programs such as Star Wars.

The announcement of both President Ronald Reagan and General Secretary Mikhail Gorbachev that they will seek at least fifty percent reductions in strategic nuclear arsenals is a most welcome beginning to real disarmament and less costly, more stable East-West relations. Their tacit agreement to eliminate nuclear weapons in this century begins a much needed process to delegitimize such weapons of mass destruction and genocide, make them permanently taboo, and to begin the mutual search for adequate and acceptable verification and confidence-building processes.

Nuclear proliferation, not only within current nuclear arsenals ("vertical proliferation"), but throughout several regions of the globe today ("horizontal proliferation") is a major threat to world peace. In order for the Non-Proliferation Treaty to remain a viable instrument in international law, and in order to encourage the few critical non-signatory nations to join before the Treaty is finally reviewed in 1995, the nuclear-armed nations must get on with serious nuclear arms control and disarmament. There is strong linkage between both types of proliferation; one cannot be accomplished without the other.

This means that Soviets and Americans must seek to accomplish a number of arms control goals in coming years: a comprehensive test ban, a flight test ban, major reductions in nuclear arsenals, a ban on anti-satellite weapon testing, strict limits on space warfare and reaffirmation of the Outer Space Treaty, limits to anti-submarine warfare, and establishment of nuclear-free zones.

Conventional Weapons: Reasonable Sufficiency: The world continues to maintain large, costly, and dangerous non-nuclear armies. Two of the largest and most capable are Soviet and American, facing each other most clearly across the plains of central Europe. European disengagement must be undertaken soon, now over four decades after World War II and the defeat of the Third Reich.

It is generally acknowledged that the likelihood of an attack either east- or westward in Europe is practically nil today. The INF Treaty of December, 1987 is a major step in the right direction; now such steps, both through negotiations and through unilateral and reciprocal example, should be undertaken with regard to non-nuclear forces in Europe. The new set of negotiations - Conventional Armed Forces in Europe (CAFE) talks - should provide an appropriate forum for substantial reductions in NATO and Warsaw Pact forces and a restructuring of forces along less threatening, more defensive lines.

Given the clear lack of success in fifteen years of Vienna talks on Mutual Force Reductions (MRF) talks, sufficient political will must be shown by all participants for these talks to be fruitful. Open and frank comparisons of differing perceptions of opponents' military strategies, troop deployments, and equipment quantities and capabilities must be a central part of such talks.

An important mutual goal should now be a moratorium on further deployment of nuclear weapons in Europe, continuing the spirit of the INF Treaty, and a "third zero," that is, the elimination of tactical nuclear weapons, should be actively pursued.

The goal worldwide for deployment of forces should be "reasonable sufficiency," that is, a sufficient number of forces to guarantee the peace and security of real national interests, but insufficient to threaten the security of other nations.

Power Projection: Non-Interventionism: The industrialized world, primarily the US and USSR, continue to deploy a large number of troops abroad and to engage in "shows of force" such as the Persian Gulf in order to impact regional conflicts and local politics. American interference in Nicaragua and Central America, and Soviet troops in Afghanistan are the most recent examples of such power projection.

Major military powers must begin to recognize that intervention in the affairs of other

nations, both direct and indirect, is seldom appropriate and can exacerbate East-West Cold War divisions. The "zero-sum" game for friends, allies, and influence abroad is no longer valid in today's more interdependent world and must be stopped.

Soviets and Americans have increasing mutual interest in dampening conflicts through means other than military: economic pressure, diplomacy, arms trade embargoes, and better use of the United Nations and related international institutions.

Toward Common Security: The first session of a three-year process made significant progress in building a common language and framework within which to address a more far-reaching Common Security agenda: the reorganization of international relations and institutions. The old Cold War paradigm which now dominates international discourse will be replaced as the alternate framework--Common Security--becomes more actionable at every level. It is toward this end that future sessions of the East-West Workshop will be dedicated.

Many questions remain to be answered in greater depth in future workshops in order for such a paradigm shift--from a world of limited cooperation and excessive confrontation, reliant on heavily armed deterrence to one of more productive cooperation. Some of the critical questions are:

- * What alternate institutions need to be constructed, or can current international organizations be restructured?
- * How can military alliances, such as NATO and the Warsaw Pact, overcome forty years of custom, fear, and worst-case analysis and investigate non-military roles for themselves?
- * What are the most productive ways for different political and economic systems, such as communism and capitalism, to mutually find integrative solutions?
- * Can the industrialized North find the mechanisms to deal with important issues in the less-developed South: hunger, poverty, disease, appropriate development, and national sovereignty?
- * Can progress in disarmament be linked with a meaningful development agenda?
- * Are we prepared to mutually resolve the world environmental crises?
- * What mechanisms can be developed to defuse the Third World debt crisis?
- * Can the increasingly limited supply of important natural resources be equitably developed and shared?
- * Will we, as an international community, face our future on common ground or on battlefields -- military, economic, political?

This first workshop has sought to begin the serious investigation necessary for such a major shift in world priorities; we look forward to pursuing this further in coming years.

It is increasingly clear that nation depends upon nation today throughout the world. If one nation feels insecure, many more will also likely become insecure. Similarly, within a single country one segment of society is increasingly dependent on another for security.

This means that if Soviets are insecure, it may hurt Americans. If Hungarians feel insecure, it may impact Germans negatively. If poor families are insecure, a country is insecure.

The true measure of security is not in numbers of nuclear weapons, or in sizes of military budgets, or in numbers of tanks and armored personnel carriers; security is measured by how the common man, woman, and child feel - economically, politically, and militarily.

There is linkage across local, national, regional, and international borders in all fields today: military, political, economic, environmental, civil, and other interrelated sectors of society. It behooves no person, group, or nation to independently seek his/her/its own security. There are no doubt formidable barriers for all to overcome: psychological fears based on religious, ethnic, political, and other differences; economic obstacles to free trade and financial exchange; political veils of mistrust and deception and espionage; and large standing armies with their own bureaucratic inertia and narrow interests. Yet all of this is more clearly today incompatible with collective security systems: Common Security will supplant national security if we are all to survive happy and well into the twenty-first century.

[Please note: This brief synopsis is by no means a thorough and all-inclusive summary of five days of intensive discussion; it is intended to reflect highlights of the Workshop, but should not be construed to represent necessarily every individual's opinions which varied widely in frank and open debate. Readers are encouraged to examine participants' papers listed below.]

WORKSHOP PARTICIPANTS

Europe:

Wolfgang Biermann, Social Democratic Party, Bonn, Federal Republic of Germany.

Pal Dunay, Institute Law Department, Eotvos Lorand University, Budapest, Hungary.

Zdzislaw Lachowski, Polish Institute of International Affairs, Warsaw, Poland.

Bernd Loewe, Peace Research Study Center, Humboldt University, East Berlin, German Democratic Republic.

Bjorn Moller, Center for Peace and Conflict Research, University of Copenhagen, Copenhagen, Denmark.

Goetz Neuneck, Max Planck Institute, Munich, Federal Republic of Germany.

Sheena Phillips, Campaign for Nuclear Disarmament, London, Great Britain.

Wolfgang Schwarz, Institute for International Politics and Economy, East Berlin, German Democratic Republic.

Soviet Union:

Anatoli Afanasyev, Moscow City Party Committee, Moscow.
Ildar Akhtamzyan, Institute of International Relations, Moscow State University, Moscow.
Valerie Chibisenkov, USSR-USA Society, Moscow.
Valerie Mazing, Institute for USA and Canada, Moscow.
Alexei Zagorsky, Institute for World Economics and International Relations, Moscow.
Nikita Zagladin, Department of World Politics, Academy of Social Sciences, Moscow.

United States:

Nicholas Dunlop, Parliamentarians Global Action, New York, New York.
Hal Harvey, Rocky Mountain Institute, Snowmass, Colorado.
Michael Lucas, World Policy Institute, New York, New York.
Gail Pressberg, Foundation for Middle East Peace, Washington, D.C.
Laura Reed, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Massachusetts.
Jane M.O. Sharp, Stockholm International Peace Research Institute, Stockholm, Sweden.

Conveners:

Everett Mendelsohn, Harvard University, Cambridge, Massachusetts
Pam Solo, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Massachusetts
Paul Walker, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Massachusetts

Additional Participants (staff and observers):

Jeffrey Boutwell, American Academy of Arts and Sciences, Cambridge, Massachusetts.
Bernard Feld, Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Massachusetts.
Hope Harrison, Averill Harriman Institute, Columbia University, New York, New York.
Margret Johannsen, Institute for Peace Research and Security Policy, Hamburg, Federal Republic of Germany.
Charles Knight, The Commonwealth Institute, Cambridge, Massachusetts.
Dieter Lutz, Institute for Peace Research and Security Policy, Hamburg, Federal Republic of Germany.
Andrew Perrin, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Massachusetts.
Ted Sasson, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Massachusetts.
Thomas Schultz, Institute for Peace Research and Security Policy, Hamburg, Federal Republic of Germany.
Martha Snodgrass, American Academy of Arts and Sciences, Cambridge, Massachusetts.
Mary Wasserman, Institute for Peace and International Security, Cambridge, Massachusetts.

WORKSHOP PAPERS (currently available in the Peace Paper series of the Institute for Peace and International Security):

- Afanasyev, Anatoli, "Common Security in a Post-Nuclear World"
Biermann, Wolfgang, "The Logic of Deterrence and the Need for Common Security"
Danker, Uwe, "Limits and Regulations of Unsolvable Conflicts: Confessional Struggles in the 16th and 17th Centuries and the 20th Century East-West Conflict"
Dunay, Pal, "Nuclear Testing: Significant Limitation or Comprehensive Ban?"
Dunlop, Nicholas, "Trying to Create a Global Security System to Stop War"
Harvey, Hal, "Rethinking National Security: New Lessons from Resource Policy"
Lachowski, Zdzislaw, "Common Security: A Polish Perspective"
Loewe, Bernd and Gerd Seidel, "Peace Research and European Security"
Loewe, Bernd, "Common Security and the 'European House'"
Lucas, Michael, "The United States and Post-INF Europe"
Mazing, Valerie, "NATO and Warsaw Pact Discussions: Real Issues for Arms Control and Disarmament"
Moller, Bjorn, "Common Security: Some Military and Non-Military Aspects"
Neuneck, Goetz, "Complexity, Common Security, and Conventional Arms Control"
Reed, Laura, "General Principles of Common Security"
Schwarz, Wolfgang, "Military Issues of Security in Europe: Theoretical Aspects"
Sharp, Jane M.O. and Gerhard Wachter, "Taking Gorbachev Seriously: A Collective Security System for Europe by 2020?"
Zagladin, Nikita, "Problems of Guaranteeing International Security"
Zagorsky, Alexei, "Regional Conflicts in the Context of Soviet-American Relations"

ADDITIONAL WORKSHOP MEETINGS:

Additional meetings, presentations, and seminars were held in Cambridge, New York, and Washington, DC for Workshop participants. A selected number of these are noted here:

- The Brookings Institution, Washington, DC: roundtable discussion.
Center for War, Peace, and the News Media, New York, New York: seminar.
Institute for East-West Security Studies, New York, New York: seminar.
John F. Kennedy School of Government, Harvard University, Cambridge, Massachusetts: ARCO Forum, "End of the Cold War: Perestroika in East-West Relations."
The National Arts Club, New York, New York: reception.
National Security Council, The White House, Washington, DC: staff briefing.
The New York Times, New York, New York: editorial board seminar.
United States Congress, Rayburn House Office Building, Washington, DC: staff briefing.
Washington Hilton Hotel, Washington, DC: lunch with SALT II negotiator Paul Warnke.
The Washington Post, Washington, DC: editorial board seminar.

ADDITIONAL INFORMATION:

Further information concerning the East-West Workshop on Common Security may be obtained from its three co-sponsors:

Paul F. Walker and Pam Solo, Co-Directors
Institute for Peace and International Security
91 Harvey Street
Cambridge, Massachusetts 02140-1718
U.S.A.
Telephone: (617) 547-3338
Fax: (617) 547-0522
Telex: 153-273-467 IPIS

Dieter S. Lutz, Associate Director
Institute for Peace Research and Security Policy
University of Hamburg
Falkenstein 1
D-2000 Hamburg 55
Federal Republic of Germany
Telephone: 040-869054

Valerie Chibisenkov, General Secretary
USSR-USA Society
Kalinin Prospect 14
Moscow
U.S.S.R.
Telephone: 290-13-54
Fax: 230-20-20
Telex: 871-411286 VESNA/SU

5.5 Resonanz (Auswahl)

Bonn, den 7. November 1988

An den

Leiter der Forschungsstätte
der Evangelischen Studiengemeinschaft
Herrn Professor Dr. Klaus von Schubert
Schmeilweg 5
6900 Heidelberg 1

Sehr geehrter Herr von Schubert,

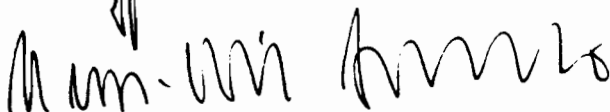
für die Übermittlung des "Friedensgutachtens 1988" danke ich
Ihnen.

Ihr Gutachten liefert einen wichtigen Beitrag für die immer
wieder erforderliche kritische Bestandsaufnahme unserer Frie-
denspolitik vor dem Hintergrund schnell sich wandelnder West-
Ost-Beziehungen.

Das Echo, das Ihre diesjährige Ausarbeitung auch in der interes-
sierten Öffentlichkeit und im parlamentarischen Raum gefunden
hat, beweist, dass das Friedensgutachten der drei Forschungs-
institute bereits jetzt einen festen Platz einnimmt als infor-
mierende, beratende und zugleich zum Nachdenken anregende Pub-
likation.

Auch bei unterschiedlichen Auffassungen in einer Reihe behan-
delter Fragen liegt es in unserem Interesse, unseren Meinungs-
austausch fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Klaus von Schubert', written in a cursive style.

Eine Besonderheit in der Sicherheitsdebatte: Friedensforscher und ein Bundeswehr-Hauptmann arbeiten in Hamburg unter einem Dach zusammen

Das Unmögliche denken

Wenn Ludger Dünne, Hauptmann im Generalstab der Bundeswehr, am Morgen sein Büro betritt und die Jacke an den Haken hängt, fällt sein Blick zuerst auf die hohe Wandkarte mit Gefechtsfeld-Skizzen. Dicke Pfeile markieren plastisch die Angriffsspitzen der einen, dagegen fragil erscheinende Krügel die Abwehrstellungen der anderen Seite. An der Wand gegenüber schlichte Metallschränke und Farbfotos aus seinen Fallschirmspringertagen: schwere Prozellermaschinen, offene Schirme vor dem blauen Himmel und schwindelerregende Tiefen, von der Sprunglücke aus gesehen. Ein Büro wie viele Soldatenbüros, in dem Hauptmann Dünne einen ganz gewöhnlichen Dienst nach Vorschrift antritt.

Und doch hier ist alles anders. Statt gewehrbehängter Wachen am Tor eine ausnehmend freundliche Empfangsdame, statt uniformierter Männergestalten eine buntgemischte Zivilistenschar, zu der, in Pullover und lässiger Hose, auch der Hauptmann Dünne gehört, und das seit Jahresfrist und ohne Verstoß gegen die strenge Kleiderordnung des Heeres. Dünne entwirft seine Planskizzen als Abgeordneter der Bundeswehr am Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“, angesiedelt nahe der Elbe im Nobelvorort Falkenstein. So einen Posten „gibt es als Institution sonst nirgends“, meint Christiane Harder, Sprecherin des Instituts, und in der Tat bildet „Hauptmann Dünnes Arbeitsplatz genau dort eine Nahtstelle zwischen Armee und Friedensforschung, wo sich sonst Brüche auf tun. Die Einrichtung eines Verbindungs-

mannes soll die Sprachlosigkeit zwischen der bewaffneten Macht und ihren Kritikern überbrücken: Sie soll Vertrauen schaffen und letztlich, wie Christiane Harder sagt, zu „einem tiefgehenden Austausch“ zwischen beiden Seiten führen.

In weiten Teilen ist diese Wechselwirkung schon im Gang. Der Mann aus dem Generalstab ist der zwölfte Kontaktmann, den die Bundeswehr seit 1975 zum Falkenstein entsandt hat. In dieser Zeit, glaubt die Friedensforscherin, „haben, mal ganz überspitzt gesagt, manche bei uns gesehen, daß Berufssoldaten nicht einfach Killer, sondern ganz normale Menschen sind“. Bei den Streitkräften, so der Hauptmann beim eleganten return des Kompliments, wachse die Einsicht, daß ihre Kritiker „nicht nur Wirkköpfe“ von abschreckender Realitätsferne sind.

Die Basis der Zusammenarbeit scheint auch solider, als das scherzhafte Hin und Her vermuten läßt. Der wissenschaftliche Direktor des Instituts, das Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheitsstrategie erforscht, ist der frühere Bundesminister Egon Bahr (SPD), alles andere als ein Fachfremder. Und die Vorgesetzten, die den Hauptmann für den sensiblen – und freiwilligen – Posten ausgesucht hatten, gaben ihm, so Dünne rückblickend, ungeahnten Ratschlag mit auf den Weg in die Hansestadt: „Denken Sie das Unmögliche.“

Daran hat er sich, wie es scheint, gehalten. Weitgehend seiner Feder entstammt der

„Entwurf eines Rahmenmodells zur Herstellung ‚Struktureller Nichtangriffsfähigkeit‘ bei konventionellen Landstreitkräften“. Als Mann vom Fach hat er darin ein bekanntes Theoriemodell der Wissenschaftler (z. B. das von Horst Afsheldt) in konkrete Planung umgesetzt, „aus rein militärischer Sicht“, ist dabei selbst auf neue Gedanken gekommen und hat dem Institut viele praktische Details vermittelt.

Hochbewegliche Einheiten, unterstützt von Helikoptern zur Panzerabwehr, leichte Jagdpanzer und Massen von Minenwerfern sollen demnach, grob skizziert, die Armeen des Warschauer Paktes abschrecken, ohne gleichzeitig selbst eine offensive Bedrohung zu sein. Spektakulärstes Opfer eines solchen Modells wären die derzeitigen Paradestücke der Bundeswehr, die schweren Kampfpanzer.

Nun ist keine Armee dieser Welt dergestalt aufgebaut, und Dünne selbst spricht realistisch von einem „gedanklichen Ansatz zur Lösung einer Problemstellung“, mit dem sich die Bundeswehr immerhin auch auf anderen Ebenen auseinandersetze. Eine Entfremdung zur Bundeswehr und ihrer gänzlich anderen NATO-Doktrin befürchtet er daher „überhaupt nicht“.

Daß er über ein Jahr lang „das Unmögliche denken“ durfte, sieht Dünne für seinen künftigen Werdegang bei der Bundeswehr als eine ganz wichtige Erfahrung: „Im normalen Dienst bleibt dazu keine Zeit.“

Joachim Kappner

Elbe-Partner starten mit Abrüstungs-Dialog

Zaghafte Gespräche Hamburger und Dresdner Militärexperten

Dresden - Zum ersten Symposium Frieden und Abrüstung trafen sich Vertreter der neuen Partnerstädte Hamburg und

Dresden. Gäste in Dresden: Egon Bahr. Sie diskutierten verhalten: Weder die Politiker in den beiden Hauptstädten noch die in Washington und Moskau sollen durch den Alleingang der Elbestädte schockiert werden.

Für Dresden sprechen zunächst ein Bauarbeiter, der Opern-Intendant, der Direktor eines Elektro-Kombinats - für Hamburg Militärexperten und Vertreter der Friedensbewegung. Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer moderiert: „Bühne frei für die anderen.“ Zehn Minuten Ost, zehn Minuten West.

Zur Diskussion um Waffen und Doktrinen kommt es erst als Erich Hocke von der Militärakademie „Friedrich Engels“ auf Bundeswehr-Hauptmann Ludger Dunne („Ich bin stolz, hier sein zu dürfen“) antwortet. Die DDR halte am Zustand des „bewaffneten Friedens“ fest. Erst wenn das Abschreckungskonzept überwunden sei, könne sich daran etwas ändern.

Dunnes Idee: Die Waffenarsenale beider Seiten so umzurüsten, daß die jeweils andere Seite sagen kann, „Ja, damit kann ich leben“. Egon Bahr schlägt „ausgedünnte Korridore“ vor: ohne Atomwaffen und ohne schweres Angriffsmaterial. Niemand widerspricht. Es stimmt aber auch keiner ausdrücklich zu.

Wolfgang Berghofer

in der Finanzbehörde Hamburg, Claurensstr. 36, vom 13. Februar bis 10. März 1988. Öffnungszeiten: täglich 9-18 Uhr.

DRESDEN

Foto: Dreher Woll



Links: Historische Begegnungen Hamburg-Dresden - Erich Hocke, Offizier der DDR-Armee, im vertraulichen Gespräch mit Bundeswehr-Hauptmann Ludger Dunne (rechts). - Oben: unsere Partnerstadt



Podiumsdiskussion über neues Gleichgewichts-Konzept

Verteidigung statt Bedrohung?

EUTIN (kf). Erstmals in der Menschheitsgeschichte steht ein Zeitpunkt bevor, an dem sich gegnerische Parteien auf die Vernichtung von Waffen friedlich geeinigt haben: Das Mittelstrecken-Abkommen («Doppel-Null-Lösung») zwischen den USA und der UdSSR, das von US-Seite allerdings noch ratifiziert werden muß. Wie geht's danach weiter? Mit dieser Frage beschäftigten sich Politiker und ein Wissenschaftler am Dienstag in der Weberschule während einer Podiumsdiskussion, die der «Friedenskreis-Eutin» organisiert hatte. Das von Rainer Foß geleitete Gespräch blieb unwohlnt sachlich, und deutliche Kontroversen vermochte nur der CDU-Vertreter zu schaffen.

Seit 1899 seien nahezu ständig Abrüstungsgespräche auf der Welt gelaufen, und bis zum Mittelstreckenabkommen stets erfolglos, resümierte Dr. Reinhard Mutz vom Hamburger «Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik». Selbst ohne Atomraketen in Europa befände sich in beiden Teilen Deutschlands die größte Massierung von konventionellen Streitkräften auf der Welt. Wenn also die Sicherheit vergrößert werden solle, reiche nicht nur der Abbau der atomaren Bedrohung, sondern müsse auch eine neue Struktur in der konventionellen Abschreckung geschaffen werden.

Strukturänderungen notwendig

Das Hamburger Institut hat dafür, wie Dr. Mutz erläuterte, ein Konzept für verteidigungsbezogene Streitkräfte entwickelt. Neben einer Reduzierung der Waffen und Mannschaftsstärken müßten danach auf beiden Seiten die Systeme beseitigt werden, die einen Angriff ermöglichen. Strukturelle Änderungen könnten dafür sorgen, daß keine Seite zu einem Überraschungsangriff in der Lage sei. Neben der Formel «Panzerabwehrwaffe statt Panzer» diene dazu beispielsweise ein Verbot von mobilen Brückenlegekommandos.

Wesentlicher Bestandteil des neuen Konzeptes seien zudem gegenseitige Kontrollen, die vertrauensbildend wirkten. Mit einem Zustand, bei dem zwar eine Verteidigung, aber keine Angriffsfähigkeit vorhanden sei, würde die bislang wirksame Spirale der gegenseitigen Aufrüstung unterbrochen.

Politiker müssen entscheiden

Der SPD-Landtagskandidat Hermann Benker begrüßte dieses Konzept und verwies auf die Notwendigkeit, daß die Abrüstung allein in die Hände der Politiker gelegt werden müßte. Statt den Militärs ein Vorschlagsrecht zu geben, müßten ihnen von der Politik klare Vorgaben gemacht werden. Stärkeres Gewicht brauche die europäische Komponente, denn die USA und die UdSSR würden stets nur ihre Großmachtinteressen vertreten.

Die neue historische Aufgabe nach der deutsch-französischen Freund-

schaft sei die Aussöhnung zwischen beiden deutschen Teilen sowie europaweit zwischen NATO und Warschauer Pakt. Voraussetzung dafür sei unter anderem, der östlichen Seite nicht stetig einen Angriffswillen und eine militärische Übermacht vorzuwerfen. «Man kann doch nicht dauernd sagen, militärisch sind die uns haushoch überlegen», und bei Messebesuchen in Ostblockländern heiße es spöttisch, die hätten eine vollkommen überholte Technik.»

Übermacht des Ostens

Militärs fällten in den westlichen Ländern keine Entscheidungen, sondern gäben den Politikern allenfalls Ratschläge, stellte Volker Dornquast fest, Mitglied des CDU-Landesfachausschusses «Sicherheitspolitik». Tatsache sei, daß die UdSSR und der Warschauer Pakt sowohl mit konventionellen als auch in Teilbereichen mit atomaren Waffen eine Übermacht besäßen und jeder Schritt Abrüstung nicht gleichzeitig mehr Sicherheit bedeuten müsse.

Fälle der atomare Schutzschirm für Westeuropa weg, gewinne der konventionelle Bereich eine größere Bedeutung. «Ein Krieg könnte dann, mangels atomarer Abschreckung, wieder führbar und gewinnbar werden. » Fest stehe auch, daß die NATO im Gegensatz zur Gegenseite nicht invasionsfähig sei.

Einseitige Abrüstung gefährlich

Wünschenswert wäre nach Dornquasts Darstellung eine Halbierung der strategischen Atomwaffen, ein weltweites Verbot der chemischen Waffen sowie ein konventionelles Gleichgewicht zwischen Ost und West. Der Versuch, Abrüstung mit einseitigen Vorleistungen zu erreichen, würde dagegen Gefahren für den Wehrlosen heraufbeschwören.

Der FDP-Vertreter Dr. Ulrich Klug verwies auf die treibende Kraft der Liberalen zur Doppel-Null-Lösung innerhalb der Regierungskoalition. Neben diesem Abkommen versprach sich Dr. Klug die Erfüllung zahlreicher Hoffnungen von der neuen Verhandlungsrunde in Wien über die Abrüstung im konventionellen Bereich, die vor gut einem Jahr begonnen hat.

Bereits die Zielerklärung, mit der sich die Teilnehmerstaaten an einen Tisch gesetzt hätten, lasse eine neue Qualität in den Gesprächen ahnen.

Pessimistische Prognose

Das deckte sich freilich nicht mit den Prognosen von Dr. Mutz: Allein die Tatsache, daß die Vorgespräche über die Festlegung der Tagesordnung seit 14 Monaten anhielten, ließen nichts Gutes ahnen. Sowohl die Größe des Bereiches, der in die Verhandlungen einbezogen werde, als auch die Forderungen ließen nichts Gutes ahnen, weil die Voraussetzungen für eine Annäherung fehlten.

Militär und Aufrüstung seien verbunden mit einer starken, starren Struktur, bei der eine unkontrollierte, wirtschaftliche Macht im Hintergrund stehe, sagte Horst Mühlenhardt, der den Platz 2 auf der Landesliste der «Grünen» einnimmt. Notwendig seien viele kleine Aktionen, mit denen diese Strukturen aufgebrochen werden könnten, wozu Mühlenhardt unter anderem den möglichen Beschluß des Landesparlamentes sah, Schleswig-Holstein zur atom- und chemiewaffenfreien Zone zu erklären.

Neue Kultur des Denkens

Gefördert werden könne außerdem eine neue Kultur des Denkens, mit der die imperialistischen Ideologien und der Alleinvertretungsanspruch der Industrieländer abgelöst werden müßten. Die Abkehr von der Rüstung sei für alle europäischen Länder zwingend notwendig, damit das Geld für die Reparaturen frei werde, die der Mensch «im Krieg gegen die Natur» angerichtet habe.

«In jedem Weißbuch» - unabhängig von der Regierungspartei - steht immer noch: Ein Sicherheitsproblem hatten nur wir, nicht aber die anderen. Denen auf der anderen Seite geht es genauso. Wenn wir also bei unseren Bemühungen weiterkommen wollen, müssen wir gegenseitig unsere Ängste akzeptieren», stellte Dr. Mutz zum Schluß der rund zweieinhalbstündigen Diskussion fest, zu der rund 100 Menschen in die Schulaula gekommen waren.

Friedensforscher fast einig

HAMBURG, 15. Juli (dpa). Eine teilweise Einigkeit in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen haben zwei Forschungsinstitute aus der DDR und der Bundesrepublik festgestellt. Die Direktoren des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und des Ost-Berliner Instituts für internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Egon Bahr und Max Schmidt, wiesen auf diese zunehmenden Übereinstimmungen am Donnerstag bei der Präsentation eines gemeinsam erarbeiteten Reports zum Thema „Gemeinsame Sicherheit“ hin.

Bahr und Schmidt erklärten im Anschluß an zweitägige Gespräche in Hamburg, daß mit „Gemeinsamer Sicherheit“ und „Friedlicher Koexistenz“ beide Seiten gleiche Ziele verfolgten. Über die Möglichkeiten, wie ein Krieg in Europa praktisch unmöglich gemacht werden könne, bestünden jedoch noch unterschiedliche Vorstellungen, erklärte Bahr. Schmidt fügte hinzu, das gemeinsame Ziel der „Angriffsunfähigkeit“ sei erreichbar. Auf dem Wege dorthin müßten beide von ihm als lernfähig eingeschätzten Seiten noch einen gegenseitigen Lernprozeß durchmachen.

Neue Null-Lösung vorgeschlagen

Drei Friedensinstitute fordern Abbau der atomaren Kurzstreckenraketen

Von unserem Redaktionsmitglied Edgar Auth

FRANKFURT A. M., 19. August. Die Bundesregierung sollte sich nach dem INF-Abkommen über die Verschrottung aller landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen für eine weitere Null-Lösung bei den atomaren Kurzstreckenkörpern und Gefechtsfeldwaffen einsetzen. Dies schlagen drei führende bundesdeutsche Friedensinstitute in ihrem Friedensgutachten 1988 vor, das am Freitag veröffentlicht wurde. Es sei an der Zeit, daß Bonn sich der Verantwortung stelle und durch eigene Initiativen in der NATO und der Westeuropäischen Union (WEU) den begonnenen Prozeß der Abrüstung für Europa vorantreibe. Dabei sollte die Arbeit an einem abrüstungspolitischen Gesamtkonzept der NATO beschleunigt werden, heißt es in dem knapp 300seitigen Gutachten.

Solange allerdings die US-amerikanischen Atomwaffen in der Bundesrepublik von den westeuropäischen Nachbarn als Garantie dafür angesehen werden, daß die Bundesrepublik sich weiterhin an den Westen binde, sei es schwierig, die Kurzstreckenwaffen zu beseitigen, heißt es. Fortschritte seien deshalb nur zu erwarten, wenn es Bonn gelinge, Zweifel an

seiner Westbindung zu zerstreuen und die Furcht vor einem Wiederaufleben der deutschen Frage „im klassischen Sinne einer Wiedervereinigung“ zu widerlegen.

Das Gutachten wurde von Wissenschaftlern der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt a. M. und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFS) an der Universität Hamburg erarbeitet.

In einem eingeschobenen Essay findet sich der Vorschlag, beide deutsche Staaten sollten Berlin als Sitz einer blockübergreifenden Institution zum Krisenmanagement anbieten. Neues Handeln müsse dort bei den größten praktischen Problemen ansetzen. Dies sind nach Ansicht der Forscher die gegeneinander gerichteten Strategien beider Bündnissysteme.

Die Wissenschaftler regen einen Umbau der Militärstrukturen auf zur Invasion unfähige Verteidigungskräfte an. Westeuropa solle gemeinsam die dafür notwendigen Abwehrwaffen entwickeln.

Die Schwerpunkte des Verhältnisses zwischen Ost und West in Europa sollten künftig außerhalb des militärischen Bereichs liegen, heißt es in dem Gutachten weiter. „Die durch den INF-Vertrag eingeleitete militärische Entspannung bedarf der Abstützung... in politischer, wirtschaftlicher und zwischenmenschlicher Hinsicht.“ Deshalb sollten sich auch Verbände, Vereine und andere gesellschaftliche Gruppen treffen.

★

Im BONN. Der sozialdemokratische Abrüstungsexperte Egon Bahr geht davon aus, dass es in absehbarer Zeit zu Begegnungen zwischen Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz und DDR-Verteidigungsminister Heinz Kessler kommen wird. Bahr sagte bei der Vorstellung des Friedensgutachtens in Bonn, es wäre grotesk, wenn sich die Europäer wie Vasallen verhielten und sich nicht in den Dialog einschalteten. Der Mitteleuropa betrifft und den die Verteidigungsminister und führenden Militärs der USA und

(Fortsetzung auf Seite 2)

FR / 20.08.88 / S. 2.

Neue Null-Lösung...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Sowjetunion mit nun schon drei Begegnungen eröffnet hatten.

Die Idee eines atomarwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa habe sich durch den Gang der Ereignisse und das INF-Abkommen in ihrem Charakter verändert, sagte Bahr. Als „integrativer Teil“ einer gesamt- und zentraleuropäischen Lösung könne der Korridor für die Herstellung der konventionellen und atomaren Stabilität neue Bedeutung erlangen. Auch werde sichergestellt, dass aus einer solchen Zone heraus weder konventionelle noch atomare Angriffe geführt werden könnten.

Der FEST-Leiter Professor Klaus von Schubert äußerte sich auf Befragen skeptisch darüber, ob sich die Erwartungen insbesondere des Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher erfüllen und noch in diesem Jahre das Mandat für konkrete Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung erteilt wird. In den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Atomwaffen (START) sieht Schubert die Gefahr, daß see- und luftgestützten Marschflugkörper eine Ersatzfunktion für abgerüstete Mittelstreckenraketen zukommen könnten. Damit wurde aber nicht nur der Abschluß eines START-Abkommens erschwert, sondern auch das INF-Abkommen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen „entwertet“.

Dregger stimmt Friedensgutachten zu

fy. BONN, 30. August. Seine Forderungen, die konventionelle Abrüstung und die Abrüstung der atomaren Kurzstreckenwaffen auf gemeinsame, möglichst niedrige Obergrenzen miteinander zu verbinden, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, in einer Stellungnahme zum „Friedensgutachten 1988“ bekräftigt. Dieses Gutachten war vor kurzem von der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft, der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg gemeinsam vorgelegt worden. Dregger stimmte den in dem Gutachten enthaltenen Empfehlungen „weitgehend zu“. Ziel müsse es sein, auf beiden Seiten eine ausschließlich zur Verteidigung brauchbare Militärstruktur aufzubauen. Dregger bekräftigte auch seine „persönliche Meinung“, es müsse geprüft werden, ob in diesem Zusammenhang auf nukleare Artillerie in Europa nicht verzichtet werden könne. Einem Verzicht auf die Modernisierung atomarer Kurzstreckenwaffen, so wie ihn die drei Institute fordern, stimmte Dregger indessen nicht zu. Die Modernisierung, so meinte er, müsse möglich bleiben, allerdings ausschließlich im Rahmen des von der CDU/CSU geforderten strategischen Gesamtkonzeptes, das die Nato auszuarbeiten habe. Auch sprach sich der CDU-Politiker abermals dafür aus, die europäischen Staaten müßten zu einem „gleichgewichtigen Partner“ der Vereinigten Staaten in der Nato werden und eine in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähige „Europäische Sicherheits-Union“ bilden.

Dreggers Stellvertreter als Fraktionsvorsitzender, der CDU-Abgeordnete Rühle, schlug auf einer Studententagung über Fragen der konventionellen Rüstungskontrolle in Budapest vor, Nato und Warschauer Pakt sollten in Zentraleuropa ihre konventionellen Streitkräfte auf gleiche Obergrenzen absenken und „gleichzeitig halbieren“. Er benutzte die Formel „Gleiche Obergrenzen minus fünfzig Prozent“. Geschähe dies, so blieben Nato und Warschauer Pakt in Mitteleuropa, so meinte Rühle, jeweils etwa 7500 Kampfpanzer in ihren aktiven Verbänden. Das sei für beide Seiten sinnvoll. Den Anteil der Stationierungstreitkräfte auf beiden Seiten – also vor allem in der Bundesrepublik und in der DDR – will Rühle bei 50 Prozent dieser verbleibenden Truppenstärken festschreiben.

